

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 RM., bei Selbstabholung 1.25 RM. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 RM., für 1 Monat 1.35 RM. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 RM. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauhaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 19093.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — RM. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5. — RM. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Zensurfragen im Hauptauschuß des Reichstags.

Rußland und die Ukraine.

Am 20. Januar hatte Wolffs Bureau verkündet, daß in den Verhandlungen zwischen den Delegationen der Mittelmächte und der ukrainischen Volksregierung eine Einigung erzielt worden sei; damit sei es zum ersten Male in diesem welterschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedens zustande zu bringen. Auf diese Meldung hat die russische Regierung mit einem Schreiben an die ukrainische Delegation geantwortet, worin ihr das Recht abgesprochen wird, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen. Bei diesem Protest hat es aber die russische Regierung nicht bewenden lassen; wie wir gestern meldeten, sind von Charkow, dem Sitze der ukrainischen Sowjets, Abteilungen gegen die Truppen der Rada von Kiew ausgezogen und haben diese vollkommen geschlagen. Neben Charkow befindet sich jetzt auch Woldawa, die Hauptstadt des gleichnamigen ukrainischen Gouvernements, in der Macht der Sowjets. Ist diese auch in stande, bis nach Kiew vorzudringen, ob noch nicht vorzusuchen. Wenn es der russischen Regierung gelingt, auch in der Ukraine ihren Einfluß zum herrschenden zu machen, so ist das bisherige Ergebnis der Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und der Rada von Kiew wertlos geworden. Die russische Regierung scheint jedenfalls die Erwartung zu haben, daß auch die Ukraine sich dem Einfluß der Sowjets unterstellen wird. Das beweist schon die Tatsache, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow zwei Bevollmächtigte nach Breit-Litowsk entsandt haben, die von der russischen Delegation als Mitglieder aufgenommen worden sind.

In der bürgerlichen Presse Deutschlands und auch in regierungsozialistischen Blättern war die Meldung von dem bevorstehenden Abschluß mit der Rada von Kiew mit besonderer Freude aufgenommen worden. Diese Freude wird es jetzt höchstwahrscheinlich nicht an Vorwürfen gegen die Bolschewiki fehlen lassen, die angeblich dieses Friedenswert zu durchkreuzen suchen. Der scharfe Gegensatz zwischen den Sowjets und der Rada von Kiew beruht vor allem auf der Tatsache, daß die Rada die konterrevolutionären Kräfte in Rußland unterstützt, und daß sie den Aufstrebenden Kaledins ihren Beistand gegeben hat. Man wird ferner nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Rada von Kiew, je mehr sie an Einfluß und Macht gewonnen hätte, einen um so stärkeren Rückhalt allen konterrevolutionären Kreisen in Rußland gegeben hätte. Ein Sonderfrieden mit der Ukraine würde also keineswegs das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens gefördert haben, er hätte eher noch die konterrevolutionären Kräfte in Rußland gestärkt und damit den kriegsverlängernden Kreisen in der Entente neue Hoffnungen eingebläht.

Die deutsche regierungsozialistische Presse entrüstet sich jetzt schon heftig darüber, daß die Bolschewiki die Konstituante wieder aufgelöst habe. Uns fehlt es an Material, um die Beweggründe der russischen Regierung beurteilen zu können; so lange wir das nicht haben, können wir sie aber auch nicht verurteilen. Eine regierungsozialistische Korrespondenz ist jedoch schneller fertig mit dem Wort. Es heißt in einem von ihr an die abhängige Provinzpresse verschickten Artikel:

Die Bolschewiki haben mit dem Gewaltstreik gegen die ordnungsgemäß gewählte Vertretung des russischen Volkes dem Parlamentarismus und dem Sozialismus einen schlichten Dienst geleistet. Sie haben den Reaktionsären und Gegnern des demokratischen Parlamentarismus in allen Ländern eine Waffe in die Hand gegeben, die von diesem sicher nicht unbenutzt gelassen wird. Es ist schon aus diesem Grunde unbedingt geboten, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder keinen Zweifel darüber lassen, wie wenig die Regierungsmethoden der Bolschewiki und insbesondere der von ihnen durchgeführte Staatsstreik ihren eigenen Anschauungen und den Anschauungen des Sozialismus entspricht.

Es wirkt erheitend, wenn man deutsche Regierungsozialisten in dieser Weise reden hört. Wer die Anschauungen des Sozialismus in die Tat umsetzt, wer mit seinen Handlungen dem Parlamentarismus und dem Sozialismus den besten Dienst geleistet hat, ob die russischen Bolschewiki oder die deutschen Regierungsozialisten, darüber wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Gewagt ist es aber von der regierungsozialistischen Presse auf jeden Fall, die sozialdemokratischen Parteien aller Länder als Kronzeugen gegen die Bolschewiki aufzurufen!

Abreise der bulgarischen Unterhändler nach Sofia.

Sofia, 23. Januar. (W. Z. B.) Infolge Verlegung der Verhandlungen in Breit-Litowsk werden die bulgarischen Delegierten, Justizminister Porow und der Botschaftsrat in Budapest Stoinowitsch übermorgen, in Sofia eintreffen, um der Regierung Bericht zu erstatten und Instruktionen entgegenzunehmen. Der bevollmächtigte Minister Kuffew, gleichfalls Mitglied der bulgarischen Delegation, ist vorgestern hier angekommen.

Der Verlauf der Streikbewegung in Oesterreich.

Da wir zur Zeit nicht in der Lage sind, eigene Berichte über die Lage in Oesterreich-Ungarn veröffentlichen zu können, so unterbreiten wir unsern Lesern heute einige Darstellungen aus der bürgerlichen Presse und des Anaschischen Korrespondenzbureaus. Auf Vollständigkeit und Objektivität können diese Berichte allerdings keinen Anspruch erheben.

Die von uns gestern gegebenen Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn werden jetzt in der Berliner Presse bestätigt und ausführlich geschildert. Es zeigt sich, daß die Bewegung aus kleinen Anfängen sich schnell zu einem Massenstreik von ungeheürlichem Umfang entwickelt hat.

Ursprünglich mit Ernährungsfragen motiviert, zeigte die Bewegung alsbald ihre politischen Forderungen. Es handelte sich um die von den weiten bürgerlichen Schichten unterstützte Forderung der Arbeiterschaft nach der Sicherstellung eines baldigen amexionslosen Friedens. Am Sonntag ist es nach mehrstündigen Verhandlungen mit verschiedenen Regierungsstellen zu einer Einigung gekommen, wobei den Wünschen der Arbeiter in weitem Umfange Rechnung getragen worden ist.

Am Morgen des 14. Januar entstand unter der österreichischen Arbeiterschaft eine lebhafteste Bewegung, die noch im Laufe des Tages zur Einstellung der Arbeit in zahlreichen Kriegsbetrieben führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von Wiener-Neustadt, wo Deputationen zu den Behörden und den Leitern der Kriegsbetriebe gegen die Verabschaffung der Mehlquote protestierten. Da die Antworten auf diese Proteste nicht befriedigten, haben die Vertrauensmänner noch am selben Tage die Parole aus, die Arbeit niederzulegen. Als erste schlossen sich Arbeiter von den Daimler-Motorenwerken in Wiener-Neustadt, die Arbeit ein, ihnen schlossen sich alle übrigen Betriebe von Wiener-Neustadt, die sehr umfassend sind, noch im Laufe des Tages an. Dienstmittag griff der Streik auf die Wiener Betriebe über. Während des Schichtwechsels, um 1 Uhr, versammelten die Hauptvertrauensmänner die Arbeiterschaft um sich und teilten ihnen mit, daß von nun an die Arbeit ruhe. Es wurde die Parole ausgegeben, ohne Kränze, Krängebunden den Arbeitsplatz zu verlassen, Apparate und Maschinen zum Stehen zu bringen und jeden Morgen um 7 Uhr die Betriebe aufzusuchen, um nach einer neuen Parole zu fragen.

So ruhten bereits Dienstagabend die Werke in Favoriten, Margareten, Hühnerhaus und Floridsdorf. In Dittaring wurde der Streik erst Mittwoch früh organisiert. Im Laufe des Mittwochschloffen sich zahlreiche Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Donnerstag verhinderte die Wiener Arbeiterschaft der Wiener Hofoper die Vorstellung, indem sie erzwingt, daß das Publikum nach Hause geschickt werden mußte. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht, und kein Theater verfuhrte mehr zu spielen. Freitagmittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt, und am Freitagmittag sind die letzten Zeitungen in Wien erschienen.

Sonabend früh erschien im Verlag der Wiener Arbeiterzeitung ein zwei Seiten umfassendes Mitteilungsblatt an die Arbeiterschaft. Auf der ersten Seite des Mitteilungsblatts waren folgende vier Punkte festgelegt, die lauten: 1. Es wird gefordert, daß die Regierung die

Verhandlungen in Breit-Litowsk
von keinerlei territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimittig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem Laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht versagt; 2. daß die Regierung einer prinzipiellen Reorganisation des Versorgungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung zustimmt; 3. daß die Regierung, die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen zugesagt und 4. daß sie der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.

Die Auslandsbewegung blieb nicht auf Niederösterreich beschränkt, sondern dehnte sich am Donnerstag und Freitag auch auf Steiermark, Böhmen und Mähren aus. Auch in Graz, Brünn und Prag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und es entstand dieselbe Auslandsbewegung, die sich beinahe zu einem Generalstreik auszuwuchs.

Die Regierung führte mit den Arbeitervertretern dauernd Verhandlungen, wobei die Regierung durch den Minister des Innern, Grafen Toggenburg, vertreten wurde. Toggenburg hielt beim Erscheinen der Deputation der Arbeiterschaft eine Rede, in der er ver-

sicherte, daß Graf Czernin gegen jede Annexion sei. Auch beim Ernährungsminister, Grafen Hüfer, erschienen wiederholt Arbeiterdeputationen. Auch dieser Minister stellte im übrigen im Einvernehmen der Arbeiterschaft durch ein Protokoll fest, daß die Ernährungsfragen zweiter Ordnung gewesen wären, und daß der Arbeiterschaft vor allem der schnelle Abschluß eines Friedens am Herzen läge.

Es wurden dann die Verhandlungen am Sonntag vom Grafen Czernin, der mittlerweile in Wien eingetroffen war, aufgenommen. Graf Czernin legte vor allem Gewicht darauf, daß die Zeitungen wieder erscheinen, damit beunruhigenden Gerüchten entgegenzuwirken werde.

Es sind relativ nur wenige Ausbreitungen vorgekommen, wenn man bedenkt, daß in den letzten Tagen meist eine Arbeitermenge von einer halben Million Auszubührender in Wien allein ständig auf den Beinen war.

In Budapest breitete sich die Bewegung weit schneller aus als in Wien. Dort wurde am Freitagmorgen der Generalstreik proklamiert und auch der Straßenbahnverkehr eingestellt. Nur die Zigar- und Drucker waren am Freitagabend noch nicht im Ausstand, sondern stellten noch die Morgenblätter vom Sonnabend her. Durch eine Zensurbestimmung durften jedoch die Sonnabendmorgenblätter lediglich über die Streiks in Oesterreich berichten, aber kein Wort über den Budapester Generalstreik sagen. Daraufhin stiftete der Parteivorstand der ungarischen Sozialdemokratie das weitere Erscheinen der Blätter.

Der Streik in Wien und Oesterreich geht deutlich seinem Ende entgegen. Fast überall ist die Arbeit schon heute früh aufgenommen worden, nur die Arbeiter des Arsenal und die Straßenbahner im 17. Bezirk haben heute noch gestreikt, es ist aber wahrscheinlich, daß sie morgen dem Beispiel ihrer Genossen folgen werden. Auch in Budapest trat im Laufe des heutigen Tages Ruhe ein; die Verhandlungen wurden im wesentlichen auf der Wiener Grundlage erledigt. Außerdem erzielten die Arbeiter vom Ministerpräsidenten Weterle die Zusage, daß die Wahlreform unverzüglich in Angriff genommen werde und daß, falls die Partei Lijas diese Reform verhindern wolle, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben würden. Im allgemeinen verlief die Streikbewegung in ganz Oesterreich ruhig und würdig; nur in Krakan kam es zu Störungen. Aber auch hier wurde, ehe das Militär einschritt, die Ruhe hergestellt.

Der Beschluß der Parteileitung vom Sonntag hätte gestern in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden sollen. Dieser Aufforderung ist nicht vollkommen Folge geleistet worden. Wohl kehrte ein Teil der Arbeiterschaft zurück, in den großen Betrieben aber, in Favoriten, Simmering und Floridsdorf und zum Teil in der Brigittenau, ruhte auch gestern die Arbeit. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, besonders jener, der von den Habitaten gesüßert wird, gibt sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden und verläßt, auf eigene Faust den Streik fortzusetzen. In der gestrigen Versammlung wurden unter der Arbeiterschaft Aufrufe verteilt, die geradezu blutdürstige Angriffe gegen die offizielle Parteileitung enthielten. Gestern arbeiteten ungefähr 60 Prozent. Man hofft, daß es gelingen wird, heute die Arbeit in allen Betrieben aufzunehmen. Die Ruhe wurde nirgends geübt. (Voll. Zeitung.)

Der Wiener Ausstand.

Es ist nicht möglich, offen über das zu sprechen, was in Wien und Niederösterreich sich in diesen Tagen begeben hat. Wir beschränken uns daher darauf, einiges Tatsächliche aus der Niederösterreichischen Chronik dieser Tage wiederzugeben:

Drei Tage lang war Wien sozusagen eine tote Stadt. Ausstand in allen Betrieben. Drei Tage lang keine Zeitungen außer der Arbeiterzeitung. Man kann sich denken, mit welcher Sachlichkeit und Unparteilichkeit die dem öffentlichen Gewissen dienende. Mit einer Art kleinen Putzschiff hatte die Sache vor acht Tagen angefangen, bei den Daimler-Motoren in Wiener-Neustadt, wo ein einzelner Arbeiter ein paar hundert Kameraden zum Streifen gebracht hatte. Doch wie ein Lauffeuer war diese Bewegung von Bezirk zu Bezirk, von Ort zu Ort gelangt und hatte in drei Tagen in ihren Hauptzentren die Hauptstadt und die Provinz ergriffen. Am Donnerstag fanden die großen Munitionsbetriebe bei Wien still. Hütten- und Eisenwerke. Hunderttausende schlossen sich zu riesigen Versammlungen zusammen. Man schloffen sich die Gewerbetreibenden der Weststadt an. Alle Schneider und Schuhmacher, auch die meisten Kleidermacher und die eleganten Firmen der inneren Stadt schlossen ihre Türen. Niemand konnte mehr Wäsche waschen lassen. Vor allem mußte diese zeitungslose Stadt drei Tage lang auf jede Zeitung verzichten und sich mit kurzen Mitteilungen begnügen, die die allein noch druckende Arbeiterzeitung für ihre Partei ausgab. Von der Parteileitung der Sozialdemokratie ist dieser Streik am zweiten Tage offenbar aufgegeben worden. Aber dahinter stand eine andre Macht, die wieder diese Macht trieb und gefährdete. Das war die vorerst noch keine Partei der Maximalisten, die sich zwar hier noch nicht wie in Deutschland von der Mutterpartei unabhängig erklärt hatten, die aber in ihrer Wochenschrift Der Kampf und namentlich auch in ihrem Münchner Friedrich Adler wachsende Mittel der Propaganda besaßen. Dr-

Zilher, Otto Bauer, der als Gefangener in Russland Beziehungen zu den dortigen Herren des Tages gepflogen haben soll, stand hinter dem Ausbruch des Streiks in Wien-Nußdorf und ließ dann die Wache in den Abgrund. Zwei Momente stießen zusammen, um den Groll und die Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, die Verzögerung der Verhandlungen in Brst-Eltowst und der hier allgemeine, weit über die Grenzen der Arbeitermasse hinaus herrschende Eindruck, daß die Rede des Generals Kosmann dem Frieden ein Verhängnis sei, zugleich die politische Verabsicherung der Wehrkräfte auf die Hälfte, die teils auf schlechte Verteilung und Organisation, teils auf verweirte Hilfe des reichen Ungarns geschoben wurde. Als es am Mittwochabend durch die Straßen zog, rief aber das Volk nicht Brot, sondern Frieden, und verweirte, indem es den Namen des Generals Kosmann auf die Straße warf, diesen mit dem General Doger, der für die erst österreichische Wehrmacht der Verführung des Wehrers verantwortlich ist und bleibt, und der diese Verführung im politischen Umwälzungsknoten vornehm. Der wahre Kampf spielte sich im Grunde zwischen den beiden Richtungen der Sozialdemokratie ab. Der Ausbruch verlief tatsächlich jeden Zwischenfall. In Hunderten von Versammlungen, bei Hunderttausenden von Zirkeln, Männern und Frauen, ist es, soweit man heute weiß, zu keinem einzigen Zusammenstoß gekommen. Von einem Abend zum andern wurden in Massenversammlungen die Leute von dem Fortgang der Verhandlungen unterrichtet. Diese Verhandlungen wurden von dem Parteivorstand, namentlich von Adler, Seitz und Dr. Renner unter Zuziehung von Arbeitern als Vertrauensmänner mit vier Ministern gepflogen: Mit dem Ministerpräsidenten als Vertreter des Außenministers um den Frieden, mit dem Erziehungminister um das Brot, mit dem Minister des Innern um das Wahlrecht und mit dem Minister für Landesverteidigung um die Befreiung der militärischen Betriebe. Graf Czernin gab zwei Erklärungen ab: Zuerst verbürgte er sich dafür, daß die Verhandlungen nicht an Eroberungsabsichten scheitern würden. Die zweite Erklärung Czernins ist darum wichtig, weil er von einem möglichen Kompromiß in der Frage der Räumung Polens keinesfalls ohne das Einverständnis Kischmanns sprechen konnte. Dieser Bericht gibt bei allem Vertrauen, die Dinge so rosenrot als möglich zu schildern, doch eine Reihe tatsächlicher Mängel, die geeignet sind, das zu ergänzen, was über die Vorgänge in Wien und Niederösterreich bereits andeutungsweise gesagt wurde.

(Bericht aus der Täglichen Rundschau.)

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wien, 22. Januar. Abgeordnetenhause. (Schluß.) An die Erklärung des Ministerpräsidenten knüpfte sich eine längere Debatte. Pöcher, Oberleitner und Oberleitner gaben namentlich der Deutschen Wählers, Wählers und Schließens Erklärungen ab, worin sie schärfstens die staatsrechtlichen Bestimmungen der Tschechen bekämpften. Sie forderten die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen mit eigenem Landtag auf Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts und für Mähren unter völliger nationaler Trennung von den Tschechen. Mehrere Protest-erklärungen gaben Waldner namentlich der neugegründeten deutsch-nationalen Vereinigung und Marek ab, der insbesondere die tschechischen Bestimmungen bekämpfte. Die tschechischen und slowakischen Redner kritisierten die Friedensverhandlungen in Brst-Eltowst und betonten neuerlich ihren Standpunkt hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts. Der polnische Sozialdemokrat Dąziński wandte sich gegen die Aufassung, als ob Deutschland Tschechien gerettet hätte. Ohne Oesterreich, die Türkei und Ungarn hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können. Der Wiener Abgeordnete Zanker gab einer ähnlichen Meinung Ausdruck und verlangte, daß die Monarchie in Brst-Eltowst wirklich österreichische Politik mache. Der Russische Petruszewicz protestiert gegen die Anklage gegen ukrainischer Gelehrte an Polen. Der Sozialdemokrat Adler erklärte, die Sozialdemokraten verlangten nichts anderes, als was Graf Czernin in seinen Reden ausgesprochen habe. Sie verlangten nicht einen Vorschub oder das Unmöglichkeit, daß Deutschland sich plötzlich unter Führung Oesterreichs beuge. Wenn man in Berlin sagt: wir sind in Brst wie Straßburg, dann dürfe man sich nicht aufregen, wenn Czernin sagt: wir ist Straßburg wie Triest. Man kann nicht die Tatsache des Bündnisses einseitig genießen. Der Christlichsozialer Matzka betonte, auch die Christlichsozialen sehen auf dem Boden der Verhandlungsfriedens und aus dem vom Grafen Czernin verkündeten Standpunkte.

Großen Raum in der Debatte nahm die Auslandsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zustandekommen der Regierung als Beginn zum wirklichen Demokratisierung Oesterreichs. Die Christlichsozialen warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnützen.

Der Delegationsausschuß für das Ausland tritt Donnerstag zu.

Der Chef des österreichischen Generalkabs über die Friedensausichten.

Wien, 23. Januar. (W. T. A.) Der Kriegsberichterstatter des Neuen Wiener Tagblattes hatte eine Unterredung mit dem Chef des Generalkabs, Freiherrn v. Krz, der sich gegenüber dem Berichterstatter über die jüngste Auslandsbewegung ähnlich äußerte und so gegenüber dem Kriegsberichterstatter der Arbeiterzeitung und sodann abermals den unverrückbaren Friedenswillen der Monarchie betonte und erklärte, daß er selbst den Frieden herbeiwünsche. Freiherr v. Krz wies sodann gleichfalls auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen der besetzten Gebiete hin. Ein der Unterredung beiwohnender Offizier sagte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem noch vom Gegner besetzten Zipfel von Galizien standen, ihre Schützengraben verlassen haben und daß Räuberhorden, die aus russischen Marodeuren gebildet sind, jetzt sengend und plündernd die Gegend durchziehen. Der Generalkabschef verwies sodann darauf, daß man immer von der Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses mit Rußland spricht, dabei aber ganz übersehen, daß die übrige Entente noch keinen Schritt zum Frieden getan hat. Er fuhr fort: Sie sehen, wie festlich sich selbst Rumänien gegen den Eintritt in Friedensverhandlungen sträubt. Italien scheint zu übersehen, daß wir tief auf seinen Gebieten stehen. Es spricht noch immer von Ausgliederung Triests und Trentos. Mit keinem Worte hat die Entente bisher die Selbstverständlichkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. Aus all diesen Gründen erscheinen mir die hochgepriesenen Friedenshoffnungen, die sich in den letzten Wochen in der Bevölkerung verbreitet haben, verfrüht.

Beratungen in Wien.

Wien, 23. Januar. Müttermeldungen zufolge fanden in Wien gestern wichtige Besprechungen über auswärtige Angelegenheiten statt. Der ungarische Ministerpräsident, Dr. Wekerle, und Graf Tisza waren in Wien eingetroffen, und hatten mit Graf Czernin eine längere Konferenz, in deren Verlauf Graf Czernin die Vorgänge bei den Friedensverhandlungen informierte. Dann besaßen sich Graf Tisza, Dr. Wekerle und Graf Czernin zum Kaiser, von dem sie in längeren Audienzen empfangen wurden.

Ende des Streiks in Prag.

Prag, 23. Januar. Nach vierundzwanzigtägiger Arbeitsruhe ist heute früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Neue Zensurmaßregeln vor dem Ausschuß.

In der Budgetkommission wurde Mittwoch die Debatte über Belagerungszustand und Zensur zu Ende geführt. Es wurde ein vom Unterausschuß mit 6 gegen 4 Stimmen beschlossener Antrag angenommen, für Fragen der Zensur des Vereins- und Versammlungswesens des Reichstags, und für die übrigen Anordnungen der Militärbeschlüsse eine militärische Zentralinstanz als Aufsicht- und Beschwerdestelle einzusetzen. Ferner wurde folgender Antrag Dr. Cohn (U. S.) zum Schlußgesetz angenommen:

Beit das Reichsmilitärgericht die Schutzhafte oder Aufenthaltbeschränkung auf, so darf der Militärbeschlüßhaber nicht auf einen vom Reichsmilitärgericht bereits beurteilten Tatbestand eine neue Maßregel einer dieser Arten stiften.

Abgelehnt wurde der Antrag Dittmann (U. S.), der verlangte, daß der Belagerungszustand sofort aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Person und der Presse sowie das Vereins- und Versammlungsrecht hergestellt wird.

Dafür stimmten nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen.

In der Debatte brachte Dr. Cohn (U. S.) zur Sprache, daß die Zensur neuerdings den Ruf der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten des Reichstags, Männer und Frauen des werktätigen Volkes verstoßen habe, der zu kräftigen Willensäußerungen der werktätigen Bevölkerung gegen die Anzweiflungspolitik und für einen Verständigungsfrieden aufrufe. Der Redner protestierte gegen dieses Verbot und verlangte, den ganzen Belagerungszustand, der noch keine Stunde zu Recht bestanden habe, aufzuheben.

Hr. Dittmann (U. S.) verwies darauf, daß das Oberkommando in den Marken und der Oberzensurstelle den ganzen Bericht des Unabhängigen Sozialdemokratischen Zentralkomitees über die Dienstadtsetzung der Budgetkommission verboten habe, und zwar lediglich wegen des einen Satzes in der Rede des Hrn. Cohn:

Auch die deutschen Arbeiter sind über den Vorgänge in Brst-Eltowst außerordentlich erregt, er könne erklären, auch die deutschen Arbeiter seien entschlossen, das letzte und äußerste Mittel anzuwenden, um den Frieden herbeizuführen.

Im Vorwärtsbericht sei der Satz fast wörtlich übernommen worden, was wiederzugeben. Er erhebe den schärfsten Einspruch gegen dieses Verbot. Im übrigen werde er im Plenum rücksichtslos die ganze Handhabung des Belagerungszustandes geißeln.

Major Grau gab zu, daß es genügt haben würde, den einen Satz statt des ganzen Berichts zu verbieten.

Hr. Czerny (Zent.) rief, dem betreffenden Zensur die Reichsversammlung in die Hand zu geben, deren Artikel 22 wahrheitsgemäße Berichte über die Verhandlungen des Reichstags von jeder Verantwortlichkeit ausschleife. Das Verbot sei auch auf Kommissionenverhandlungen, wie das Reichsgericht wiederholt entschieden habe.

Hr. Scheldemann (Soz.) bezeichnete das von Dittmann zur Sprache gebrachte Verbot als noch tödlicher als das Vorwärtsverbot. Er schloß sich im übrigen dem Hr. Czerny an.

Hr. Cohn (Soz.) erklärte, der verbotene Bericht habe seine Ausführungen im wesentlichen richtig wiedergegeben. Auf Antrag des Petitionenberichterstaters Koch (Soz.) beschloß der Ausschuß, daß Verfassungs- und Versammlungsvorgänge künftig ohne Anmeldung stattfinden können.

Nächste Sitzung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: Reichstagszweitere und politische Debatte.

Die Parteiführer beim Kanzler.

Berlin, 24. Januar. Gestern Abend fand im Reichskanzlerhaus eine Zusammenkunft der Vorstände der Reichstagsfraktionen statt, denen Staatssekretär v. Kischmann ausführlichen Bericht über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Brst-Eltowst abgab. Daran schloß sich eine sehr eingehende Besprechung der Lage; es sei beschlossen worden, heute im Hauptauschuß den Erklärungen des Reichskanzlers eine grundsätzliche Äußerung folgen zu lassen. Es war auch der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Abgeordneter Haase, erschienen. Heute vor Beginn der Hauptauschuhung werden voraussichtlich die Fraktionsvorsitzenden noch einmal von Czerny u. Radowski empfangen werden.

Es wird nun in parlamentarischen Kreisen mit dem Zutritt des Reichstagsausschusses vor der Sitzung geredet. Man erwartet bei der Äußerung im Hauptauschuß erregte Auseinandersetzungen.

Einschränkung der Zensur?

Der Unterausschuß des Haushaltsausschusses hat zur Zensurdebatte folgenden Antrag auf Veränderung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 eingebracht:

Artikel 1. Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angeführten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbeschlüßhaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und eine besondere Beschwerdestelle errichtet.

Artikel 2. Beschwerdestelle ist ein Senat des Reichsmilitärgerichts, bestehend aus vier richterlichen und drei militärischen Mitgliedern.

Die Beschwerdestelle kann eine mündliche Verhandlung anordnen und muß dies tun, wenn es vom Beschwerdeführer beantragt wird. Sie kann den Beschwerdeführer durch einen beauftragten oder ersuchten Richter vernommen lassen.

Vor der Entscheidung muß einem Vertreter des Obermilitärbeschlüßhabers Gelegenheit zur Wahrung der militärischen Interessen gegeben werden.

Artikel 3. Die näheren Anordnungen ergehen durch kaiserliche Verordnung.

Artikel 4. Vorstehende Bestimmungen finden auf das Königreich Bayern keine Anwendung.

Außerdem wurde folgender Antrag vorgelegt: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken,

1. daß die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzl. S. 1332) in Gemäßheit des vorstehenden Gesetzesentwurfs einer entsprechenden Änderung unterworfen wird;

2. daß in derselben kaiserlichen Verordnung für die Entscheidungen der Militärbeschlüßhaber folgende Maßlinien aufgestellt werden:

a) Die Anordnungen der Militärbeschlüßhaber haben ohne Verzug zu erfolgen.

b) Verbindende oder abschneidende Befehle der Militärbeschlüßhaber sind mit Gründen zu versehen; bei Zensurmaßregeln sind die beanstandeten Stellen der Druckschrift genau zu bezeichnen.

c) Die den Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandes zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf die Interessen der Kriegsführung.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

d) Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung der Kriegsführung, nur durch die mit der vollziehenden Gewalt ausgestatteten Militärbeschlüßhaber und in der Regel nur nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen.

e) Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Erscheinungstage, bei einer in längeren Zeiträumen erscheinenden Druckschrift nicht auf mehr als drei Ausgaben erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

f) Versammlungen, und zwar auch solche, die sich mit der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten befassen sollen, dürfen nur verboten oder aufgehoben werden, wenn Tatsachen vorliegen, die befürchten lassen, daß die Abhaltung der betreffenden Versammlung unmittelbar zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen oder die Sicherheit des Reichs gefährden würde.

Der Antrag zeigt wieder einmal, wie schier unmöglich es ist, eine so unverbesserliche Einrichtung wie die Zensur zu verbessern zu wollen. Wenn die Bestimmungen dieses Antrags Gesetz würden, so wäre die Presse nicht wesentlich verbessert. Auch dann wären noch dieselben Verbote wie heute möglich, weil sich eben unter dem Begriff „Interessen der Kriegsführung“ mit ein wenig gutem oder bösem Willen alles bringen läßt. Helfen kann der Presse nur die Abschaffung, nicht die unmögliche Zähmung der Zensur.

Abbröckelung vom englischen Kriegskabinet.

Das Mitglied des britischen Kriegskabinetts Carson ist zurückgetreten. Einer der ärgsten Kriegstreiber Englands scheidet damit aus der Regierung aus in einem Augenblick, wo das Drängen der englischen Arbeiterklasse in der Richtung des Friedens die Regierung gezwungen hat, ihrem Willen ernstliche Beachtung zu schenken. Das bedeutet eine Schwächung der kriegerischen Tendenz des Kabinetts Lloyd George, wenn auch Carson nicht zurückgetreten ist wegen Differenzen, die sich aus seiner Stellung zur Friedensfrage ergaben.

Carson ist nicht nur der typische Vertreter imperialistischer Ziele nach außen, er ist zugleich der Führer einer Partei, die im Innern die nationalistische Unterjochung einer volksfremden Bevölkerung aufrechterhalten will. Wie in Deutschland die Führer der Reichspartei zugleich Anhänger der Ostmarkenpolitik sind, die sich gegen die polnische Bevölkerung richtet, so ist Carson in England der Führer der gegen die Iren gerichteten Arbeiterbewegung und zugleich Eroberungspolitiker. Er war der Leiter und Organisator des Heeres der Ulsterrebellien, das den Kampf gegen Home Rule in Irland aufnehmen sollte, wenn es zur Durchführung kommen würde.

Der Krieg hat die Durchführung der Selbstregierung für Irland bisher verhindert. Jetzt scheint der Aufruf gekommen zu sein, die Verhandlungen des irischen Konvents, dem die Regelung der irischen Frage übertragen worden ist, bis zu einer Entscheidung gelassen sind. Monate lang seit der Schaffung des Konvents veranlassen, ohne daß über seine Verhandlungen etwas in die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Man erzählt nun aus dem Militärkabinet Carson, daß die englische Regierung Entschlossenheiten zu treffen haben werde über schwerwiegende Angelegenheiten der irischen Politik. Um der neuen Lage gegenüber freie Hand zu haben, ist Carson zurückgetreten.

Daraus läßt sich für die irische Frage schließen, daß sie einer neuen Welle entgegengeht. Der Führer der Ulsterente trennt sich von der Regierung. Er will nach wie vor seinen Standpunkt verteidigen mit allen Mitteln. Ohne Konflikt wird daher keine Entscheidung in der irischen Frage vorübergehen. Jetzt die Regierung entgegenkommen an die irischen Forderungen, so wird sie die Forderungen von Ulster, so wird die irische Nationalpartei ihre erste Schwertgeißel bereiten. Die letztere Maßnahme wird dem englischen Kriegskabinet im Augenblick ernstliche Schwierigkeiten bereiten, da die Frage des Mannschafstvertrages die Regierung vor die Notwendigkeit stellt, die irische Bevölkerung zur Teilnahme voll heranzuziehen. Das könnte auf ein Entgegenkommen gegen die Iren hindeuten.

Das Auscheiden Carsons hat jedoch auch seine Bedeutung für die Kriegspolitik des Kabinetts. Carson ist von den Pazifisten auf das schärfste angegriffen worden. Er galt ihnen als der typische Vertreter der Richtung, die mit ungezügelter Eroberungswille ein nicht gewöhnliches Maß von Unwissenheit verband. Seine Person diente ihren schärfsten Angriffen auf das englische Kriegskabinet als Zielscheibe. Sein Austritt wird von ihnen mit Genugtuung begrüßt werden, wenn auch er selbst wie der Ministerpräsident scharf betont, daß er nicht infolge der Gegnerschaft der Friedensfreunde aus der Regierung ausgeschieden ist. Lloyd George hat in einem Schreiben an Carson ausdrücklich betont, daß keinerlei Differenzen zwischen dem Kabinet und Carson in der Frage der Kriegspolitik bestanden hätten. Das ist die Erklärung der Absicht, daß an der Politik des Kabinetts nichts geändert werden soll.

Indessen unterliegt die Regierung Lloyd Georges einem starken Druck von außen. Ihrer Organe hat sich eine Nervosität bemächtigt, die in Polizeimaßregeln gegen die Friedensbewegung zum Ausdruck kommt. So hat die Londoner Polizei am 20. Januar im Vorfeld der Britischen sozialistischen Partei einen Ausschluß. Sie bemächtigte sich zahlreicher Exemplare einer Kundgebung, die den Titel trug: Werden die Britischen Arbeiter dem Appell Rußlands nicht Folge leisten? Außerdem wurde die Zeitschrift Call beschlagnahmt, worin der bolschewistische Gesandte in London einen Artikel abgedruckt hatte. Solche Maßnahmen werden die Genugtuung der Arbeiterklasse gegen die Politik Lloyd Georges nur verschärfen. Die Trojungen der Arbeiter vom Clyde, die Vorläufer in Wundaher und Woolwich reden eine deutliche Sprache. Mit dem Austritt Carsons setzt sich in der geschlossenen Front des Kriegskabinetts eine Rucke, die leicht erweitert werden kann, wenn Lloyd George sich auf den Standpunkt stellt, daß an der Politik, die von Carson vertreten wurde, auch weiterhin ohne Abweichung festgehalten werden soll.

Arbeiterausstände in Frankreich.

In Lyon und St. Etienne brachen am 10. revolutionäre Ausstände aus; sie hatten ihren Ursprung in Arbeiterausständen, die aber bald einen politischen Charakter annahmen. Die Streikenden gegen die Streifen und verlangten den Frieden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen vor dem Rathaus. An Etienne wurden die Fäden angeknüpft.

Die Lage in Rußland.

Gegen die Mörder der beiden Abgeordneten.

Petersburg, 23. Januar. (Petersburger Telegraphenagentur.) Dringender Befehl an alle Kommissariate, Präsidenten der Zemstvos, Ausschüsse für den Kampf gegen Bogrom, das Hauptquartier der roten Garde und an den Ausschuß zur Bekämpfung der Gegenrevolution! Von dem Kommissar für Kriminalangelegenheiten die Kommissare der Woiwodschaft von Petersburg. Es sind sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen zur Ermittlung der Mörder und der roten Garde, die heute nacht um 1 Uhr in das Marinehospital eingebracht sind und Schingarew und Kotschilin ermordeten. Die Mithildigen sind zu verhaften und nach dem Smolny-Institut, Zimmer Nr. 75, zu bringen. Ueber den Gang der Ermittlung ist aller zwei Stunden Bericht zu erstatten, gen. Lenin, Justizminister Steinberg.

Petersburg, 22. Januar. (Petersburger Telegraphenagentur.) Die Volkskommissionäre sind benachrichtigt, daß die Polizei die Spur der Mörder Schingarews und Kotoschins gefunden hat.

Petersburg, 22. Januar. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung am 20. Januar folgende Entschliessung an: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Schingarew und Kotoschin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals billigen, daß unsere Gefangenen angefaßt werden, mag ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so groß und die Entzückung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und trifft alle Anordnungen, damit die revolutionäre Ordnung aufrecht erhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.“



Die Staaten-Neubildung in Russland

Die Beziehungen Englands zu Russland.

London, 20. Januar. (Reuter.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anzahl von Anfragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung sagte Balfour: Wir haben diese Regierung nicht als de facto oder de jure bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt, aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf inoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Wünschen unserer Politik in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Urownow zu ihrem Vertreter in London ernannt und wir sind im Begriffe, in ähnliche inoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Urownow, der unter der letzten russischen republikanischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder beauftragt oder seines Postens von einer als Vertreterin des russischen Volkes anerkannten Regierung entlassen wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich sowohl unregelmäßig als vorübergehend und unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden.

Vom Tage.

In der Ernährungsfrage soll wieder einmal ein Experiment gewagt werden. Verschiedene landwirtschaftliche Organisationen haben dem Kriegsernährungsamt eine Denkschrift überreicht, nach der an die Stelle der bisherigen Tätigkeit der Kommunalverbände und Verwaltungsbehörden die genossenschaftliche Erzeugerorganisation gesetzt werden soll. Ein Aktionsprogramm gibt folgende Einzelheiten über die Ausführung dieses Planes an:

1. In jeder Gemeinde wird eine nach genossenschaftlichen Grundsätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet, an die sämtliche Gemeindeglieder ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist, abzuliefern haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist für die Geschäftsstelle zu übertragen.
2. In jedem Kreis (Bezirk) wird eine Kreisstelle errichtet, die sich an den Kommunalverband anzuschließen hat.
3. In jeder Provinz bzw. jedem Bundesstaat ist eine Provinz- oder Bundesstelle zu bilden, in Form einer Gesellschaft m. b. H., der wegen ihres gemeinnützigen Charakters Steuer- und Stempelfreiheit zugesichert wird. In dieser Gesellschaft m. b. H. sind zu beteiligen diejenigen landwirtschaftlichen Körperpersonen, die sich in dem Gebiet bisher geschäftlich betätigt haben, also in erster Linie die im Bezirk ansässigen Zentral- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Die so gebildeten Provinz- oder Bundesstellen sind die verantwortlichen Träger der Ernährungsorganisation.
4. Als Reichsstelle wird ein Ausschuss gebildet, der besteht aus Vertretern des Reichsernährungsamtes, der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Generalverbandes der deutschen Raiffeisenvereine, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Sollte sich bei dieser Verwaltungsstelle die Notwendigkeit einer Geschäftstätigkeit ergeben, so soll die Bevollmächtigung der deutschen Landwirte um Übernahme dieser geschäftlichen Tätigkeit gebeten werden.

Das Kriegsernährungsamt teilt dazu mit, daß dieses Projekt wohl der Gegenstand von noch fortwährenden Besprechungen sei, daß aber endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden seien.

Es wäre gewiß zu begrüßen, wenn an die Stelle der einzelnen, schwer zu kontrollierenden Wirtschaft die Genossenschaft trat. Das liegt aber gar nicht in der Absicht der Leute, die diese Denkschrift verfaßt haben. Die Genossenschaft soll nur die Plasma abgeben, Firmeninhaber aber würde der Bund der Landwirte sein. Man will auch nicht den Produktionszwang einführen, mit einer genauen Kontrolle der an den Konsum abzuliefernden Erzeugnisse, sondern die Gemeindeglieder sollen ihre Erzeugnisse nur hergeben, „soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist“. Auch unter der Herrschaft dieses Systems würde also der „Selbstversorgung“ und dem aus dieser Quelle schöpfenden wucherischen Schleichhandel noch ein sehr weites Spielraum bleiben. Besonders kennzeichnend für diesen Plan ist aber, daß man die Beteiligung der Konsumentenorganisationen überhaupt nicht in Aussicht genommen hat.

Wenn nicht eine wirkliche genossenschaftliche Grundlage für die künftige Ernährungspolitik geschaffen wird, mit Produktions- und Ablieferungszwang, unter weitestgehender Mitarbeit der Kon-

sumentenorganisationen und scharfer Kontrolle durch die Vertretungen der Verbraucher, so ist der jetzt vorgelegte Plan energisch zurückzuweisen. Wir würden nur aus dem Regen in die Traufe kommen und dem Willen des Bundes der Landwirte, besonders bei der Preisfestsetzung, vollständig ausgeliefert sein.

Der Resolutionsblock des Reichstags hat jetzt heftige Angriffe aus den Reihen des süddeutschen Zentrums auszuweichen. Das Mannheimer Zentrumblatt macht die Sozialdemokratie für die Sprengung der dortigen Versammlung der Vaterlandspartei verantwortlich und fordert den rückständigsten Kampf gegen den Geist, der daraus spreche. Der Regensburger Anzeiger, dessen Chefredakteur der Führer der bayerischen Landtags-Zentrums-Fraktion, Gehlrat Heid ist, übernimmt den Artikel des badischen Zentrumblattes und schreibt noch dazu:

Wir sind mit dieser Schlussfolgerung einverstanden! Nur möchten wir einmal sehen, daß dieser Kampf nicht bloß in ein paar verkäuferten Bemerkungen da und dort in der Zentrumspresse außerhalb des parteiessigen Teils gepredigt wird, sondern daß endlich die gesamte Zentrumspartei einsteht, daß unser innerpolitisches Leben nicht länger so weitergehen kann. Unter einheitlicher Führung muß die Partei den Kampf gegen den immer toller werdenden Übermut der Sozialdemokratie aufnehmen, ehe es zu spät ist.

Die Regierungsozialisten werden also schleunigst Besserung geloben müssen, wenn sie noch länger die Ehre genießen wollen, dem Resolutionsblock angehören zu dürfen.

In der Volkischen Zeitung beginnt der regierungssozialistische Reichstagsabgeordnete Cohen — der seinem Namen noch immer das Weichselmeißel anhängt, trotzdem die Wähler dieses Kreises sich unabweislich von ihm getrennt haben — einen Artikel mit diesen Sätzen:

Es ist eine niederdrückende Erscheinung in diesem großen Weltentringen, daß es, im Widerspruch zu der eindeutigen Sprache eines riesenhaften Tatsachenmaterials, immer noch deutsche Politiker gibt, die eine wahre und dauernde Verständigung mit Großbritannien für möglich halten und dadurch auf eine Bahn gelangen, die späterhin zu neuen, schweren Verwicklungen führen muß. Am niederdrückendsten aber ist es, daß zu diesen Politikern auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gehört, und daß die auswärtige Politik auch heute noch in diesem Sinne geführt werden kann.

Nach Herrn Cohen, der hier seinem Freunde Vensch folgt, ist also eine Verständigung mit Großbritannien nicht möglich; der Krieg muß solange fortgesetzt werden, bis das „Angelsächsentum“ am Boden liegt und Deutschland um Gnade ansetzt. Deutschland muß zu diesem Zwecke, wie er in dem Artikel des längerer ausführt, mit Russland und Japan zu einem schneisen Frieden kommen und nur darum auf alle Annexionen im Osten verzichten.

Herr Cohen nennt sich noch immer Sozialdemokrat und nicht alldeutscher; er predigt den Dauerkrieg gegen das „Angelsächsentum“, gehört aber — vielleicht gerade deshalb — zu den treuesten Stützen der Scheibemannfraktion, der bekanntlich nichts mehr am Herzen liegt, als „einen allgemeinen Völkerrfrieden herbeizuführen“.

Die Alldeutschen haben eine Reihe ihrer Mitstreiter in den Kreisen der Universitätsprofessoren gefunden. In Stuttgart trat der Professor Haller als Redner der Vaterlandspartei auf, in München der Professor von Gruber, ohne daß beide freilich zu Worte kamen, in Leipzig leitete der Professor Brandenburg die Versammlung der Vaterlandspartei, die nicht im Sinne der Alldeutschen zu Ende ging. Ein weiterer alldeutscher Professor, Herr Fester in Halle, macht für den Anschluß Flanderns an Deutschland Propaganda, indem er in einer Schrift über die belgische Frage ausführt:

„Daß eine bloße Dablierung des ehemaligen Pufferstaates Belgien in zwei Personalunionen verbundene Königreiche Flandern und Wallonien diese den Frieden Europas wirksam sichernde Lösung nicht bringen würde. Gerade die bewirkten Klammern weichen sich mit aller Heftigkeit zur Verflüchtung der Welt gegen die Wiederkehr der Regierung von Le Havre und streben zielbewußt auf eine enge Anlehnung ihres von den Wallonen völlig zu scheidenden Volkes und Landes an das Deutsche Reich hin.“

Der Deutsche Kurier bemerkt jetzt diese Stelle für seine annexionspolitischen Zwecke. Es ist nur zu begrüßen, daß diese Annexionsprofessoren in der letzten Zeit die wahre Stimmung des Volkes kennen gelernt haben.

Die Alldeutschen in Plauen haben nunmehr auch auf ein Telegramm, das an Wilhelm II. gesandt haben, eine Antwort erhalten. Sie lautet:

Seine Majestät der Kaiser und König lassen den zum Gedächtnis der Reichsgründung versammelten Männern und Frauen der vortänlichen Kreisstadt Plauen für den treuen Huldigungsgroß herzlich danken und erwarten mit ihnen endgültigen Sieg und starke sichere Zukunft des Vaterlandes. In Vertretung des Ges. Kabinetts Dr. Prandauer.

Dieses Antworttelegramm unterscheidet sich nicht von dem Telegramm des kaiserlichen Königs, das vom „vollen Sicherungsfrieden“ sprach. Die kaiserlichen Regierungsozialisten, die ob des Telegramms ihres kaiserlichen Monarchen scharfe Angriffe gegen die Krone richteten, haben Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie die Antwort Wilhelms II. zu ihrer Politik im Reich stimmt.

Der Krieg zur See.

Verient.

Berlin, 22. Januar. (Amstich.) Unse U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund 27000 Bruttoregistertonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Franz Weder.

Alle Dampfer bis auf einen waren bewaffnet und fuhren meist in stark geschützten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgestellt werden die englischen Dampfer Egyptian Transport, Steelville, Manton und Arab, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen vierundzwanzigtausend Tonnen Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer — der sehr starken Detonation nach zu urteilen — Munition geladen. Ein anderer, anscheinend mit Reis tief beladener Dampfer wurde im Artillerietragboot zuge versenkt, auf die Klippen der Cyrenaika gelangt und dort trotz Eingreifen einer Landbatterie vernichtet. Die beiden Segler mit dem Namen Guiseppe und San Antonio waren italienischer Nationalität; von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 22. Januar. (Amstich.) Neue U-Booteerfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Bruttoregistertonnen. Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefgeladen waren, wurde im Kermellkanal trotz feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt. Eines der vernichteten Schiffe, das im östlichen Kermellkanal aus einem durch zahlreiche Seelrettungskräfte gesicherten Geleitzuge herausgehoben wurde, war anscheinend ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die Ententebesprechungen in Paris.

Rotterdam, 22. Januar. Manchester Guardian erzählt, daß in der Konferenz der Ministerpräsidenten in Paris über die Kriegsziele beraten wird.

Deutschland.

Unberechtigte Beschwerde der Alldeutschen.

Die alldeutsche Presse ist sehr erregt darüber, daß es ihrer Vaterlandspartei in der jüngsten Zeit in der Öffentlichkeit nicht zum Vollen ergangen ist. Die Deutsche Tageszeitung schreibt von einer „sozialdemokratischen Pöbelbildung“ und die Deutsche Zeitung schließt ihren Bericht über die Leipziger Versammlung mit diesen Worten:

„Der allgemeine Eindruck war der: so geht es nicht weiter, wir dürfen das siegreiche Deutschland nicht in ein russisches Chaos gleiten lassen. Die Unkrautsaat Bethmann-Erdmann-Scheidemann schießt allzu spitz in die Salme und die deutsche Regierung hat die Pflicht, mit starker Hand zu fällen, wenn sie überhaupt eine Ernte der vorsehenden Volksernte dieser drei Kriegsjahre in den Scheunen zu bergen hoffen darf.“

Diese Aufforderung ist sehr deutlich: Wer nicht den von den Alldeutschen und der Vaterlandspartei geforderten Sieg- und Niederwerfungsfrieden aufsteht, der soll unerschrocken gemacht werden! Ein laienhaftes liberales Blatt, die Volkische Zeitung, stellt sich bemerkt, den Gegnern der Vaterlandspartei Moral zu predigen und ihnen „Selbstdisziplin“ anzurufen. Sie meint, solche Vorgänge könnten dazu führen, daß statt der so bringend erweiterten Erweiterung der Versammlungsfreiheit eine neue Beschränkung erfolgt.“ Diese liberale Betrachtungsweise ist uns bekannt genug: sie möchte die freie Willküräußerung der Bevölkerung noch mehr unterdrücken und gibt den herrschenden Mächten die Handhabe, um weiteren Kreisen von Staatsbürgern, die sich doch nicht gerade wie brave Schulkinder aufzuführen brauchen, die wichtigsten politischen Rechte vorzuenthalten oder zu schmälern.

Mit allem Nachdruck ist festzustellen, daß die Vaterlandspartei selbst daran schuld ist, wenn ihre Versammlungen nicht ordnungsgemäß verlaufen. Sie wendet sich an die Öffentlichkeit, und sie ladet die Angehörigen aller Parteien zu ihren Versammlungen ein; damit hört ihr Versammlungsrecht über die Versammlungen auf, die Öffentlichkeit, die durch die erschienenen Besucher repräsentiert wird, übernimmt aus den Händen des Einberufers die Verfügung über die Versammlung. Das wird äußerlich erkennbar durch die in öffentlichen Versammlungen übliche Wahl eines Bureaus aus den Reihen der Besucher und die endgültige Festsetzung der Tagesordnung, die der Einberufer nur vorläufig ankündigt. Die Vaterlandspartei setzt sich über diese selbstverständlichen parlamentarischen Regeln hinweg, sie ladet alle Anderdenkenden ein, will sie aber mundtot machen und Gegenreden unterdrücken; sie hat es sich also selbst anzuweisen, wenn sie mit ihren öffentlichen Versammlungen Schiffbruch erleidet. Will sie andre Anschauungen nicht zu Worte kommen lassen, so man sie wie bisher ihre Mitgliederbesprechungen in Weinstuben und Kneipen versammeln.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die englische Wahlreform. Das englische Unterhaus hat am 182 gegen 42 Stimmen der Nachsantrag zum Wahlreformgesetz angenommen, der den Grundsatz der proportionalen Vertretung aufstellt.

Die Lebensmittelfrage in England. Die neuen vom ernährten Lebensmittelkontrollen veröffentlichten Bestimmungen beschränken den Verbrauch von Fleisch, Brot, Zucker und Fett und schreiben auch zwei festgesetzte Tage wöchentlich in Hotels und Speisehäusern vor, nämlich Dienstag und Freitag in London, Mittwoch und Freitag in den Provinzen.

Die Rationierung in Paris. Der Versorgungsminister Boret empfing die Bürgermeister von Paris und Umgebung zum Zweck der Rationierung des Brotverbrauchs. Jede Person, Frauen und Kinder inbegriffen, wird das Recht haben, in Paris und dessen Umgebung von 20. Januar an eine Ration von 300 Gramm bei jedem Käufer zu entnehmen gegen Abgabe von Brotkartenabschnitten. Die Organisation wird nach und nach auf die großen Städte ausgedehnt werden.

Die schwedische Handelspolitik. Die Svenska Telegrambyrån meldet, daß die schwedische Regierung in der Montagsitzung des Reichstags unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewisse Mitteilungen über die Handelspolitik machen. Vielleicht wird auch die Handelsfrage behandelt werden.

Die norwegische Arbeiterpartei gegen den Militärdienst. In einer Massenversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde gestern von 3000 Anwesenden einstimmig beschlossen, im Hinblick auf die Teuerung und die drohende Hungersnot und auf die deshalb nötige Steigerung der einheimischen Produktion die Einstellung jedes Militärdienstes und die Umwandlung der Militärindustrie zum Vorteil der Steigerung der Produktion zu verlangen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Jan. Amstich. (W. Z. B.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Neue Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. Au der Bahn Voeringh—Staden wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Doiran-See schickte ein englischer Posthof.

Italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Fudenborff.

Aus der Partei.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. wird am Donnerstag, den 24. d. M., zu einer überaus wichtigen Fraktionsitzung zusammentreten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Curt Geyer in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Anna Lehmann in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Vertrauensfundgebung für Herrn Professor Henkel (Jena).

Gegen Herrn Professor Henkel sind Beschuldigungen erhoben worden, die geeignet sind, seine ärztliche Gewissenhaftigkeit und seine ethische Gesinnung anzuzweifeln und die ein völlig entstelltes Bild seiner ärztlichen Wirksamkeit geben: Demgegenüber haben wir Frauen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands den entschiedenen Wunsch, ja, wir hatten es für unsere Pflicht, folgendes zu erklären:

Wir, die wir zu verschiedenen Zeiten bei Herrn Professor Henkel in Behandlung waren, haben sein Verantwortungsgefühl und seinen sittlichen Ernst in der Ausübung seines Berufes kennen gelernt. Aufrichtige Dankbarkeit und Bewunderung erfüllt uns für ihn, der uns durch seine Sorgfalt und seine ärztliche Geschicklichkeit die Gesundheit wiedergeschenkt und uns dem Leben erhalten hat: Möchten wir in der Privatpraxis oder in der Poliklinik Herrn Professor Henkels Hilfe in Anspruch nehmen, in gleichem Maße würde uns umsichtige und aufopfernde Behandlung zu teil, so daß viele von uns dank seines Eingreifens

von Krankheit und Siechtum befreit wurden. Wenn bedenken wir auch des aufrichtigen seelischen Einflusses, den er mit seiner ärztlichen Kunst verband, so daß wir hoffnungsfreudig zu unsern Pflichten zurückkehren konnten.

Kein Angriff kann nach solchen eigenen Erfahrungen in uns das Vertrauen zu Herrn Professor Henkel irgendwie erschüttern. Daher werden wir uns auch künftig, wenn unser Gesundheitszustand es erfordern sollte, wieder in seine Behandlung begeben.

Wir bitten diejenigen Patientinnen Professor Henkels, die sich dieser Kundgebung anschließen möchten, ihre Bestimmungserklärung zu senden an Frau J. Sieber, Solzmarkt 1, Jena. Die Namen werden nicht veröffentlicht. Eine große Anzahl dankbarer Patientinnen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Kunsthonig unter städtischer Aufsicht.

I. Auf die Marken S E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe A wird 1 Pfund Kunsthonig zugeteilt. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für 1 Pfund in Pateien, Tafeln oder Dosen 75 Pfg., ausgeschlitten 70 Pfg.

II. Bedarfsmeldung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher bei dem Kleinhändler bis spätestens Sonntag, den 20. Januar 1918.

III. Entnahme der Bezugskarten in der Bezugskassenstelle durch die Kleinhändler Montag, den 28. Januar, nach der neu bekanntgemachten Ordnung. Auf Wunsch wird den Geschäftsinhabern ein Gewichtsaufschlag bis zu 2 v. H. auf ihre Kosten gewährt. Er ist auf dem Lieferchein zu beantragen.

IV. Ausgabe des Kunsthonigs auf die Bezugskarten an die Kleinhändler vom Lager der Lebensmittel-Versorgungsgesellschaft Leipzig m. b. H., hier, Rochterstraße 11/12, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen in folgender Ordnung:

- Dienstag, den 20. Januar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben O, C, J
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben U, V, R
- Mittwoch, den 20. Januar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben S (außer Sch u. St)
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben S (außer Sch u. St)
- Donnerstag, den 21. Januar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstaben K
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben L, St
- Freitag, den 1. Februar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstabe G
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben H, T
- Sonntag, den 2. Februar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstabe B
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben D, E
- Montag, den 4. Februar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstabe W
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben A, Z, P, Q
- Dienstag, den 5. Februar
- vormittags 1/8-12 Uhr Buchstabe M
- nachmittags 1/2-5 Uhr Buchstaben F, N

Die Mitglieder des Wareneinkaufvereins Leipziger Kaufleute und des Einkaufsvereins Leipziger Produzentenhändler haben den Kunsthonig vom Lager ihres Vereins zu entnehmen.

Die Ausgabe des Kunsthonigs an die Verbraucher durch die Kleinhändler hat unverzüglich nach der Zuteilung stattzufinden.

Die Verbraucher haben den Kunsthonig spätestens bis 11. Februar bei ihrem Händler abzuholen.

Die Ordnung der Verteilung vom Kommunalverbande der Stadt Leipzig ausgegebener Lebensmittel, die keiner besonderen Verbrauchsregelung unterliegen, vom 3. Februar 1917, findet allenthalben Anwendung.

Leipzig, am 23. Januar 1918.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Butterausgabe.

1. Verbrauchsfaz.
- Es werden zugeteilt:
 1. auf die Marken A der Landesfestkarte 28 (neue Karte) 50 Gramm Butter,
 2. auf die vom 20. Januar bis 4. Februar geltenden Sonderbuttermarken für Kranke die ausgedruckte Menge Butter,
 3. auf die vom 20. Januar bis 4. Februar geltenden Buttermarken für Militärurlauber und Besuchsfremde je 30 Gramm Butter.
- II. Butterpreis.
- Bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt der Preis für 50 Gramm Butter 34 Pfg. und für 30 Gramm Butter 21 Pfg.
- III. Verteilungsordnung.

 1. Abgabe der unter I. 1. und 2. genannten Marken durch die Verbraucher beim Buttermarkenhändler bis spätestens Sonntag, den 28. Januar,
 2. Bezugskartenentnahme in der Bezugskassenstelle durch die Kleinhändler nach der neu bekanntgemachten Ordnung Montag, den 28. Januar. Nach Empfang der Bezugskarten ist sofort auf deren Rückseite Name und Berechtigungsnummer einzutragen.
 3. Bezugskartenabgabe durch die Kleinhändler beim Großhändler Montag, den 28. Januar. Die Großhändler dürfen nur solche Bezugskarten abnehmen, auf deren Rückseite Name und Berechtigungsnummer des Kleinhändlers eingetragen sind.
 4. Ablieferung der Bezugskarten durch die Großhändler in der Bezugskassenstelle nach der bekannten Ordnung Dienstag, den 29. Januar.
 5. Beginn der Butterausgabe an die Verbraucher bei den Kleinhändlern spätestens Freitag, den 1. Februar.

6. Letzter Abholungsstag für Verbraucher Montag, den 4. Februar.

Auf die Buttermarken für Militärurlauber und Besuchsfremde und auf die Sonder-Buttermarken mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die darauf zugeteilte Menge Butter ohne Voranmeldung in den Buttermarkensstellen für Militärurlauber und Besuchsfremde zu entnehmen.

IV. Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisefetten usw. im Stadtbezirk Leipzig vom 7. Oktober 1918 und die Bekanntmachung über die Einführung des Vellervorfahrens für den Butterbezug vom 7. September 1918 nebst den dazu ergangenen Nachtragsbekanntmachungen vom 5. Oktober und 8. November 1918 und 25. Oktober 1917 unter IV Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.

Leipzig, am 23. Januar 1918.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Nach den geltenden örtsgesetzl. Bestimmungen über den katholischen Schulvorstand zu Leipzig sind 7 Mitglieder des katholischen Schulvorstandes zu wählen. Wahlberechtigt sind alle hiesigen katholischen Hausväter sächsischer Staatsangehörigkeit, wählbar aber nur solche, die fähig sind, ein bürgerliches Gemeindeamt zu bekleiden.

Die Wahl findet

Donnerstag, den 7. Februar d. J., von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags, im Stadthaus (Eingang vom Burgplatz aus), Zwischengeschoss, Zimmer 737, statt.

Die Wahlscheine sind persönlich abzugeben. Die Liste der stimmberechtigten Wähler liegt auf dem Schulamt, Stadthaus, Erdgeschoss, Zimmer 674, vom 23. Januar bis mit 2. Februar d. J., von vormittags 1/2 bis nachmittags 1/2 Uhr und von 3 bis 1/2 Uhr nachmittags, Sonntag, den 2. Februar, jedoch nur von 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags öffentlich aus.

Neben etwaige Einsprüche gegen die Liste wird bis zum 2. Februar d. J. Entschließung gefast, die Liste aber selbst an diesem Tage geschlossen werden, und zwar mit Verlust des Wahlrechts bei der diesjährigen Wahl für diejenigen, die in die Liste nicht aufgenommen sind.

Leipzig, am 18. Januar 1918.
Der Wahlausschuss.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Band.

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Durchschnittswerte der Sachbezüge, welche nach § 8 Abs. III der Kassensatzung zum Entgelt gehören und bei der Klassenanweisung für gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Arbeiter sowie Betriebsbeamte, Facharbeiter, Vermeister und andere Angestellte usw. neben dem Barlohn zugrunde zu legen sind, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1918 von dem Versicherungsamt der Königl.lichen Amtshauptmannschaft Leipzig anderweit festgestellt bzw. um ungefähr 40 Proz. erhöht worden sind. Von einer Erhöhung des Wertes für freie Wohnung ist jedoch abgesehen worden.

Den Herren Arbeitgebern wird die genaue Angabe solcher Sachbezüge bei der Anmeldung zur Pflicht gemacht, denn sie allein bleiben nach wie vor der Klasse für die Beachtung der bestehenden Meldepflicht verantwortlich.

Die Klassenverwaltung ist jederzeit gern bereit, über die Höhe der Durchschnittswerte Auskunft zu erteilen.

Leipzig, am 23. Januar 1918.
Der Kassenvorstand.
Dswald Fischer, Vorsitzender.

Ortsverein L. Connewitz

Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gambinus, Biedermannstraße.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Marchionini über: Eroberung- od. Verständigungsfrieden?
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Glaser.

Sonntag, den 26. Januar, abends Punkt 8 Uhr
Vierteljährliche Quartalsversammlung
im Volkshaus, Café, Mitte.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit der Innung. 2. Vorstands- und Kassenericht. 3. Neuwahl der Verwaltung. 4. Kartellbericht und Neuwahl des Delegierten. 5. Gewerkschaftliches. Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu erscheinen.
Der Vorstand.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.
Büreau im Volkshaus. Büreauzeit 9-1 und 5-8 Uhr.

Am Sonntag, den 27. Januar, in der Zeit von vormittags 9 bis 2 Uhr nachmittags findet in nachstehenden Lokalen die Wahl der Delegierten zum Verbandsstag statt:

Turnhalle, L.-Lindenau, Calvisiusstraße 26
Terrasse, L.-Kleinzschocher, Windorfer Straße
Volkshaus, Leipzig, Zeilher Straße 32
Sächsisches Haus, L.-Connewitz, Prinz-Eugen-Straße 1
Restaurant Kempel, L.-Neureuditz, Söblicher Straße 39
Kahlers Gaststätte, L.-Volkmarisdorf, Elisabethstraße 13
Brauerei-Ausschank Nischau, L.-Sohls, Elisabethstraße 17

Stimmzettel sind in den Wahllokalen vorhanden. Das Mitgliedsbuch ist bei der Wahl zur Abstempelung vorzulegen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Seizer sowie Berufsgenossen

Leipzig, am 23. Januar 1918.
Zahlstelle Leipzig

Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung
im Restaurant Livoli, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenericht. 2. Bericht über die stattgefundenen Konferenzen in Halle. 3. Antrag der Ortsverwaltung: Erhöhung des Lokalbeitrages. 4. Gewerkschaftliches.
Es ist dringende Pflicht eines jeden Kollegen, auf Grund der wichtigen Tagesordnung zu der Versammlung vollzählig mit Frauen zu erscheinen.

Verkäufe

Bester Lederersatz!
Vulkan-Flebel
nur solange Vorrat!
Aufnah- u. Einlege-Filzsohlen
Holl. Str. 1, Eisenbahnstr. 27
Grün. Steinh. 20, Bayer. St. 12
Sandw. u. Nid. 2, 4, 6, 8, 10, 12
Z. v. bill. Dörrienf. 14, III. I.

Brennholz

zu verkaufen. Kanalarstr. 2a.

Kaufgesuche

Möbel aller Art kauft
W. Haldig, Karl-Heine-Str. 61

Stüchenschrauf Kleberlein

und Verleim von Krieges-
frau zu kaufen gef. Lind.
Meuterstraße 54, III. z.

Bermittelte Anzeigen

Rat u. Beistand

in Alimenten-, Eho-, Straf-,
Steuer-, Gerichtsachen usw.
Gadongosuche!
P. Graf
Grimmaischer
Steinweg 14.

Ich helfe Ihnen

in Straff-, Klage-, Militär-,
Renten-, Steuerfachen. Ge-
suche aller Art. Rechts-
bureau Leipzig-Lindenau,
Kuhrenstraße 4, I.

Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Markranstädt u. Umgeg.
Sonntag, den 26. Januar d. J., abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in der Parkschenke, Markranstädt.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandsstag.
2. Bericht des Vorsitzenden, Kassierers und der Kommissionen.
3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Gewerkschaftliches.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es einem jeden Mitgliede zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Die Auszahlung der Unterstützung

für Familien der im Felde stehenden Mitglieder erfolgt für die Orte Markranstädt, Dölsig, Niedermarsdorf, Bindemannsdorf, Müttich, Lausen, Göhren, Nitzschdorf, Seebauisch, Gärnig, Drenth, Duesch und Kutzsch am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags von 1 Uhr bis 3 Uhr, in der Parkschenke in Markranstädt. Die Ausweise der staatlichen Unterstützungen sind vorzulegen. Die Ortsverwaltung.

Schreiben Sie schlecht?

Dann bestellen Sie durch Postkarte die vorzügliche
schönschnellschreibmethode
In wenig. Stand. schreib. Sie bildschön. Nachn. 2.80 M.
Verlag Kula, Berlin-Neukölln, Postfach 35.

Achtung, Hausfrauen!

Größeren Abschusses
Halber zahlte ich Ihnen
für Zeitungen 16- das Kilo, Zeitschriften 14- das Kilo,
Moschpapier 12- Lumpen 14- 28-
Pässler, Vogelslawstr. 16, Delitzscher Str. 41. Tel. 60378,
Alle Offerten nach Vogelslawstraße 16. - Hole auch ab.

Neue Geschichten aus dem Tierleben

von Arno Marg, gebunden 1.00 M., empfiehlt
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Buchhändlerlage oder Nähe.

Suche sofort oder bis 1. April
3-Zimmer-Wohnung und Kammer-
zum Preise bis ca. 500 M. 25 Prozent Kriegszuschlag
Bedingung. Gefl. Off. an Blohpfel, Johanniskeller 7.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Januar.

Geschichtskalender. 24. Januar 1782: Der französische Schriftsteller Pierre Augustin Caron de Beaumarchais in Paris geboren († 1789). 1770: Der Schriftsteller Ernst Theodor Amadeus Hoffmann zu Königsberg i. Pr. geboren († 1822). 1708: Der Dichter Karl v. Holtei in Breslau geboren († 1880). 1893: Der Komponist Friedrich v. Flotow in Darmstadt gestorben († 1812). 1890: Der Reichstag beschließt die Sozialistengesetze. 1900: Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin.

Sonnenaufgang: 7,57, Sonnenuntergang: 4,28. Monduntergang: 6,4 vorm., Mondaufgang: 1,54 nachm.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs von den Stadtverordneten beschlossen.

In der gestrigen Sitzung des Kollegiums haben die Stadtverordneten die Ratsvorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 30 Stimmen angenommen. Gegen die Ratsvorlage stimmten die Unabhängigen Sozialdemokraten, die Regierungssozialisten und sechs bürgerliche Stadtverordnete. Nach der Ratsvorlage wird der Fahrpreis um 5 Pfg. für die Fahrt erhöht, die Gesellschaft soll jedoch gehalten sein, für einfache Fahrten acht Karten für 1 Mk. abzugeben. Die Erhöhung tritt nach der Bedingung der Ratsvorlage in Kraft, wenn die Gesellschaft 250 Motorwagen im Betrieb hat, jetzt sind es etwa 190. Nach den Angaben der Gesellschaft würde sich diese Bedingung erst in Monaten erfüllen lassen, bis dahin müßten also die jetzigen Preise gelten. Aber die Gesellschaft hat ja gerade diese Bedingung für „völlig unannehmbar“ erklärt und gedroht, wenn sie anstandslos bleibe, die von der Regierung zugestandene Aufhebung des Umsteigeverkehrs durchzuführen. Es hängt nun alles davon ab, welche Stellung die Gesellschaft zu den gestrigen Beschlüssen der Stadtverordneten einnehmen wird. Selbst sie den Umsteigeverkehr auf, dann bleibt der Stadt nichts anderes übrig als die Anfechtungsklage beim Obergerichtsgericht.

Die Behandlung der Straßenbahnangelegenheiten im Kollegium

begann mit einem Referat des Stadt. Reichsgerichtsrats Dr. Lobe über die Ratsvorlage, die eine Straßbestimmung erlassen wollte, nach der zahlungspflichtige Fahrgäste, die den Wagen vor Entrichtung des Fahrtickets zu verlassen suchten, mit dem zehnfachen Teil des schuldigen Betrags bestraft werden sollten. Dr. Lobe erläuterte ein ausführliches gerichtliches Gutachten, das trotz seiner Länge vom dem Kollegium mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Mit gutem Humor begann Dr. Lobe: Das Publikum empfindet den Mangel an Motorwagen und die Straßenbahn den Mangel an Einmischen. Die Straßenbahn habe aber auch noch den Mangel an Straßbestimmungen entdeckt. Der Referent wies zunächst nach, daß sowohl das Strafgesetzbuch mit seinem Betrugsparagrafen als auch die jetzige Betriebsordnung der Straßenbahn die Möglichkeit gibt, die Gesellschaft vor Zahlungsdrückberagen zu schützen. Die geplanten Straßbestimmungen sind aber auch höchst unpraktisch, denn ihr ganzer Erfolg wäre nur, daß Jant und Krakeel zwischen dem ehnehin überlasteten Personal und den Fahrgästen entstehen würden. Viel wichtiger, als eine neue Straßbestimmung zu schaffen, sei es, dafür zu sorgen, daß die große Ueberfüllung der Straßenbahnwagen vermieden werde. Das gründliche juristische Gutachten Dr. Lobes hatte die Ratsvorlage so zerstückelt, daß selbst der Rat nicht mehr wagte, ein Wort zu ihrer Verteidigung zu sagen. Das Gutachten der Stadtverordneten über die Vorlage wurde einstimmig im ablehnenden Sinne abgegeben.

Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie,

dem Genossen Seger, eröffnet, der mit dem Antrag auf namentliche Abstimmung über die Vorlage begann. Er widersprach zunächst der Auffassung, daß die geplante Erhöhung nur eine vorübergehende Kriegsmaßregel sei. Das Gegenteil sei richtig, die Erhöhung werde eine dauernde Einrichtung bleiben, was auch von den Herren im Ausschuss gegeben worden ist. Mit aller Deutlichkeit zeigte der Redner,

daß die ganze Vorlage den nackten Kapitalinteressen der Aktionäre diene.

Die Sorge um den Gewinn stehe bei der ganzen Behandlung der Tarifvorlage im Vordergrund. Der Gesellschaft komme es nur darauf an, mit möglichst wenigen Betriebsmitteln möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen, denn es sei kein Zweifel, daß trotz der Erhöhung der Fahrpreise in absehbarer Zeit keine Besserung in den Verkehrsverhältnissen eintreten wird. Wenn die Straßenbahn höhere Einnahmen erzielen will, dann kann sie das auch ohne Erhöhung der Fahrpreise durch Ausbau des Verkehrs bequem erreichen. Daran denkt aber die Gesellschaft nicht, was nur beweist, daß die Interessen der Straßenbahnen mit denen der Bevölkerung Leipzigs im strengsten Widerspruch stehen. Es stimmt auch nicht, daß die Gesellschaft höhere Einnahmen braucht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, denn die Gesellschaft hat im vergangenen Jahre 2 1/2 Millionen Mark Rücklagen gemacht. Wäre nur ein Teil von den Rücklagen im Betrieb verwendet worden, dann hätten sich im Verkehr nicht solche Zustände herausgebildet, wie sie jetzt bestehen. Es ist allgemein aufgefalle, daß die Direktion es in verhältnismäßig kurzer Zeit zu diesen Zuständen kommen ließ. Das ist kein Zufall, keine Unfähigkeit, sondern Absicht, um die Notlage der Bevölkerung zu gewinnbringenden Zwecken auszunutzen. Der Redner erinnerte dann an die Eingabe des Verbandes der Hausbesitzervereine Leipzigs, in der der Rat ersucht wird, die Erhöhung des 10-Pennig-Tarifs abzusehen. Dafür würden sich doch hoffentlich die Herren der zweiten Abteilung einsetzen. Die Art der Einlenkung, so meinte der Redner, lasse vermuten, daß die Verkehrsbedürfnisse der Gesellschaft einen Preis dafür erhalten sollen, wie sie das bisherige Verkehr noch vollends erdroffeln. In einzelnen Beispielen zeigte er dann, wie traurig es mit der Einlenkung bestellt ist. Darauf wies er auf die starke Belastung hin, von der vor allem Arbeiterfamilien getroffen werden, zu denen mehrere Mitglieder täglich über fahren müssen. Die Gesellschaft liebt überhaupt nicht durch eine Notlage zu der Erhöhung der Fahrpreise gezwungen, denn sie habe 8 Millionen Mark Rücklage. Das schlimmste ist, so schloß der Redner, daß der Verkehr auch mit der Erhöhung der Fahrpreise nicht gebessert wird. Die Erhöhung hat nur den Zweck, der Gesellschaft höhere Gewinne zuzuführen.

Nach der mit lebhaftem Beifall seiner Parteifreunde aufgenommenen Rede Segers kam der Stadt. Bed. (Mittelständler) zum Wort, der dem Rat und den Aufsichtsbeamten vorwarf, sie hätten nicht rechtzeitig eingegriffen, um dem Verkehrsleiden vorzubeugen. Nach allerlei einerseits und andererseits erklärte sich Herr Bed. über doch für die Ratsvorlage, weil sie einerseits eine Kriegsmaßnahme sei, andererseits werde es doch wahrscheinlich etwas anders ausfallen, wenn die Kriegsmaßnahme aufgehoben werden sollte. Ein anderer Mittelständler, Stadt. B. L. H. Hoff, ging mit der Ratsvorlage scharf ins Zeug. Die Gesellschaft habe über 13 Millionen Mark Rücklage und wenn den Aktionären die Verzinsung zu niedrig sei, dann brauchen sie ja keine Aktien zum Kurs von 142 zu kaufen. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern erklärte der Mittelständler, Stadt. B. H. Hoff, er werde aus praktischen Gründen für die Vorlage stimmen, zumal sie ja nur eine Kriegsmaßregel sei. Stadt. B. H. Hoff, der nachher zum Wort kam, sprach sich ebenfalls gegen die Vorlage aus, wobei er es ebenfalls nicht an scharfer Kritik fehlen ließ. Auch er hob hervor, daß es der Gesellschaft vorwiegend um große Gewinne zu tun sei. Er berichtete noch, daß ihm in der letzten Stadtverordnetenversammlung insofern ein Irrtum unterlaufen sei, als er die Arbeitszeit des Personals bei der Gesellschaft auf 15 Stunden angegeben habe, während in dieser Zeit Pausen eingeschlossen gewesen seien.

Die Verteidiger der Straßenbahn!

Die Angriffe der Diskussionsredner, besonders des Genossen Seger und des Stadt. Bed., hatten den Bürgermeister Roth recht nervös gemacht, so daß er ziemlich gereizt antwortete. Er wandte sich namentlich gegen den Vorwurf, daß die Gesellschaft nur gewinnbringende Zwecke verfolge, dann aber bekannte er selbst, das Unternehmen müsse eine angemessene Verzinsung für die Aktionäre gewähren, wenn das aufhöre, dann entfalle das Interesse der Aktionäre an dem Unternehmen. Die Bevölkerung Leipzigs hätte einsehen müssen, daß es besser sei, etwas teurer zu fahren als gar nicht.

In der gleichen warmherzigen Weise wie der Bürgermeister Roth nahm sich auch der Stadtrat Tobias der Interessen der Gesellschaft an. Herr Tobias sagte unter anderem: In letzter Zeit waren die Zustände im Straßenbahnverkehr unhaltbar geworden, es mußte etwas geschehen und das einzige Mittel war die Erhöhung der Tarife. Die Gesellschaft habe doch auch Verpflichtungen gegen die Aktionäre.

So hatten die beiden Ratsvorleger, die die Gesellschaft nicht eifrig genug schützen konnten, durch ihre Reden selbst zugegeben, daß der Hauptgrund für die Erhöhung des Tarifs die Profitinteressen der Aktionäre sind.

Stadt. Vogel II (Mittelst.) erklärte sich ebenfalls gegen die Ratsvorlage, weil die Gesellschaft die Bedingung des Rates wegen der 250 Wagen von vornherein abgelehnt habe. Genosse Krug beleuchtete die Finanzlage der Gesellschaft. Die 13 Millionen Rücklagen der Gesellschaft seien unter dem 10-Pfg.-Tarif entstanden, das zeige doch, wie gut die Gesellschaft mit dem Tarif auskommen könne. Weiter wies der Redner auf die Verkehrsverhältnisse in anderen Städten hin. In Frankfurt a. M. besteht jetzt noch der Nachtverkehr bis 1 Uhr und in Berlin habe die Straßenbahngesellschaft noch 55 Prozent ihrer Wagen im Betrieb, während es in Leipzig nur noch 23 Prozent sind.

Sichtlich unangenehm war es dem Bürgermeister Roth und dem Stadtrat Tobias, als Genosse Seger ihnen in einer zweiten Rede sagte, daß ihre Reden gellungen hätten, als ob sie ausschließlich bestell wären zu Vertretern der Straßenbahninteressen. So würden diese Reden auch im Publikum aufgefaßt. Das Entgegenkommen des Rates hätte nur den Widerstand der Gesellschaft.

Die scharfe Kennzeichnung der Ratsvorleger veranlaßte dann den Oberbürgermeister Dr. Roth trotz der vorgeschrittenen Zeit das Wort zur Verteidigung der Ratsvorlage zu nehmen. Auch er bestritt, daß mit der Vorlage die Interessen der Gesellschaft vertreten werden. Die Vorlage nehme vielmehr die Interessen der Bevölkerung wahr. Der Rat wolle verhindern, daß der Umsteigeverkehr 20 Pfg. kostet. Durch die Ablehnung der Vorlage würden die Interessen der Gesellschaft wahrgenommen.

Entgegen diesem Abschwächungsversuch des Oberbürgermeisters betonte Vizevorsteher Volckender, daß sowohl durch die soeben gehaltenen Reden, als auch bei den Ausschusssitzungen der Eindruck erweckt wurde, daß die Ratsvorleger vorwiegend die Interessen der Aktionäre vertreten. Im weiteren bezeichnete der Redner die Vorlage als gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die Vorlage mit 30 gegen 30 Stimmen angenommen. Mit wenig Ausnahmen stimmten die Mittelständler, trotz der Eingabe der Hausbesitzervereine, für die Ratsvorlage. Die Stadtverordneten Dr. Richter und Siegel tr brachten es sogar fertig, für die Erhöhung des Tarifs zu stimmen, obwohl sie die Eingabe der Hausbesitzervereine selbst unterschrieben und beim Rate eingereicht haben. Nach den Auslegungen des Vizevorstehers, Dr. F. u. n. g., ist der Beschluß der Stadtverordneten nicht ein Gutachten, sondern eine Zustimmung zur Ratsvorlage.

Die übrige Tagesordnung.

Der Stadtverordnetenversammlung ging eine gemeinsame Sitzung der beiden städtischen Kollegien voraus, in der verschiedene Wahlen vorgenommen wurden. In Beginn der Stadtverordnetenversammlung widmete der Vizevorsteher Dr. Junck dem verstorbenen Gastwirt Kose, der früher dem Stadtverordnetenkollegium angehört hatte, einen lobenden Nachruf und forderte die Stadtverordneten auf, sich an Ehren des Verstorbenen von den Wahlen zu erheben. — Die Eingabe eines Herrn P a l g wendet sich dagegen, daß die Bürger Leipzigs wohl am Sonntagfrüh, nicht aber am Sonntagabend im Ratsseller Schoppenwein trinken können. Der Eingabe nahm sich keiner der Stadtverordneten an. — Eine Eingabe des Verkehrsvereins zur Straßenbahnangelegenheit wurde bei der Verhandlung über diesen Gegenstand gleich mit erledigt. — Dann wurden die Wahlen von Mitgliedern zum Schlußauschuss vorgenommen und einer Vorrechnung zugestimmt, ebenso der Anschaffung einer neuen Müllgenehmigung für das Krankenhaus St. Jakob. Die Vorlage über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung die wir schon abgedruckt haben, wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. In einer Aussprache führte die Ratsvorlage über die

Grundstücke für den Erlass von Grundsteuer

in Fällen des zeitweiligen Leerstehens von Mieträumen, die bis zum Ende des Steuerjahres gelten sollen, das auf das Jahr des Friedensschlusses mit England folgt. Der Finanz- und Verfassungsausschuss beantragte, der Vorlage mit geringen Änderungen zuzustimmen.

Stadt. Genosse Viehmann erklärte, die Vorlage gehe weit über den Rahmen einer Hilfsaktion für notleidende Hauswirte hinaus. Das zeige sich schon daran, daß die Grundsteuer ohne Rücksicht auf die sonstige Vermögenslage der Hausbesitzer erlassen werden solle. Mit der Vorlage komme der Rat den Wünschen der Hausbesitzer entgegen, die einen Rechtsanspruch auf Erlass der Grundsteuer verlangen. Dieser Rechtsanspruch sei der erste Schritt zur Aufhebung der Grundsteuer überhaupt. Solche Gelegenheitsgeschmackerei könne die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Vizevorsteher Volckender kam zu der gleichen Auffassung. Es könnten starke rechtliche Bedenken gegen die Vorlage angeführt werden, denn sie stehe im Widerspruch zu den Grundlagen der Grundsteuer. Unabsehlich beständige Stadt. Viehmann die Auffassung seiner Vorredner, indem er bat, die Bedürfnisfrage bei der Beratung überhaupt auszuscheiden. Er bekannte, daß die Hausbesitzer allerdings eine andre Gestaltung der Grundsteuer erstrebten. Dagegen bestritt Stadtrat Merkel, daß die Vorlage die Absicht habe, die jetzige Grundsteuer auszugreifen. Sie solle für die Beamten nur bestimmte Grundstücke für den Erlass der Grundsteuer ausstellen, weil die Erlöse für die zahlreich geworden seien. Auf diese Ausrede erklärte Genosse Viehmann, daß es ja dann nicht notwendig gewesen wäre, einen Rechtsanspruch der Hausbesitzer zu schaffen. Am Gegenbes zum Stadt. Viehmann hob Stadt. Viehmann (Mittelständler) hervor, die Vorlage solle nur eine Notstandsaktion sein. Nachdem sich Vizevorsteher Volckender und Dr. Merkel noch einmal geäußert hatten, wurde die Vorlage gegen die 24 Stimmen der 3. Abteilung angenommen.

Bei der Vorlage über die

Errichtung eines Schuttabladeplatzes

auf dem Gelände an der Reineckstraße wünschte Stadt. Nimm, der Rat möge wegen der Transportbeschwerden in der näheren Umgebung der Stadt für geeignete Abblatplätze sorgen. — Stadtrat Peters berichtete, daß der Stadt von der Militärverwaltung wieder Pferde zum Abfahren von Aische zur Verfüngung gestellt werden.

Der Erhöhung der Gebühren für die Grabpflege auf dem Südfriedhof wurde einstimmig zugestimmt.

Die nächste öffentliche Sitzung findet über 14 Tage statt. Wegen der vorgeschrittenen Zeit (es war 11 Uhr) fiel die nächsttägliche Sitzung aus.

Der Glücksfall bei der Arbeitsvermittlung.

Der städtische Arbeitsnachweis vermittelte dieser Tage Arbeiter an eine hiesige Firma. Die Arbeiter bekamen für einen Tag 10 Mk. Lohn. Am gleichen Tage waren auch von der Arbeiterausgleichsstelle, die in den Räumen des städtischen Arbeitsnachweises untergebracht ist, an die gleiche Firma Arbeiter vermittelt worden. Diese Arbeiter bekamen aber für die gleiche Arbeit nur 8 Mk. Lohn. Die vom städtischen Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter erhielten ihren Lohn von der Firma ausbezahlt, während die andern Arbeiter ihren Lohn bei der Arbeiterausgleichsstelle holen mußten. Wie uns berichtet wird, ist es für die Arbeitsuchenden ein reiner Glücksfall, ob sie von dem städtischen Arbeitsnachweis vermittelt werden oder von der Arbeiterausgleichsstelle. Es kommt darauf an, durch welche Art der Arbeiter geht, denn beide Vermittlungsstellen sind nebeneinander. Von diesem Glücksfall hängt es ab, ob der Arbeiter 8 Mk. oder 10 Mk. Lohn verdient. Der städtische Arbeitsnachweis berichtet uns, daß er keinen Lohn festsetzt, den Unternehmern bei der Vermittlung aber sagt, daß die Arbeiter einen Stundenlohn von 1 Mk. bis 1.25 Mk. verlangen. Dagegen vermittele die Arbeiterausgleichsstelle die Arbeiter nach dem Tarif des Transportarbeiterverbandes. Für die Tätigkeit der Arbeiterausgleichsstelle, für Unkosten usw. müsse der Unternehmer, der durch die Ausgleichsstelle bedient wird, noch 50 Pfennig für jeden Arbeiter bezahlen. Da es sich meist um Hilfsarbeiter handle, so werde die Entlohnung durch die Arbeiterausgleichsstelle geregelt. Wie dem auch sei, die Tatsache, daß die Arbeiter für die gleiche Arbeit verschiedenen Lohn erhalten, und daß die geringeren Entlohnungen ihren Lohn auf der Arbeiterausgleichsstelle holen müssen, hat bei den Arbeitern den Verdacht erweckt, daß die Arbeiterausgleichsstelle ebenfalls für jeden Arbeiter 10 Mark Lohn bekommt und nur 8 Mark auszahlt. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Arbeiterausgleichsstelle dazu äußert.

Unberechnete Extragewinne

werden jetzt vielfach im Buchhandel genommen; sie werden dadurch erzielt, daß ältere Bestände gangbarer Bücher, deren Neuausgaben wegen der stark ansteigenden Papier-, Druck-, Farb-, Lein-, Kohlen-, usw. Preise und der Lohnerhöhungen mit Preisauflagen herauskommen, zu den für diese neuen Buchlieferungen zu Recht bestehenden höheren Preisen verkauft werden. Ganz besonders verwerflich ist dieser Preiswucher bei den für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmten Büchern und Musikalien. Zum Beispiel kosten die bekannten Nummern der Miniatur-Bibliothek statt bisher 10 Pfg. jetzt 15 Pfg., die Schott-Musikalien und Neclan-Büchchen statt 20 Pfg. nunmehr 25 Pfg. Da der Abnehmer der Buchhändler an jedem Bändchen dieser Volksausgaben gespart und deren Vertrieb ohne Risiko ist, muß es also ganz besonders verwerflich bezeichnet werden, wenn eine Sortiments-Buchhandlung durch Verabfolgung älterer Bestände zu neuen höheren Einheitspreisen einen Extrageinn von 33 1/2 bzw. 20 Prozent des neuen Ladenpreises einnimmt. Ein andres Beispiel: Ein Band aus der Guttentagschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze, 1910 gedruckt, kostet heute statt 1.25 Mk. 1.90 Mk. Davor berechnet der Buchhändler noch 10 Prozent Steuerzuschlag, so daß der Preis des Buches 2.20 statt 1.25 Mk. beträgt, also ein durch nichts gerechtfertigter Nutzen von 78 Prozent.

Es bedarf vielleicht nur dieses Hinweises, den festorganisierten Verlagsbuchhandel zu einer Unterjagung dieses Unfalls zu veranlassen. Bücher, Landkarten und Musikalien dieser Art gehören übrigens wohl zu den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs, und das Publikum sollte rückhaltlos solche Fälle zur Anzeige bringen; sie werden sich bei den meisten Druckerzeugnissen dieser Art leicht dadurch feststellen lassen, daß man prüft, ob das betreffende Bestehen noch den alten Preisdruck trägt, bzw. ob dieser etwa übersteigert, überlebt oder sonst verändert ist. Vieles wird schon durch die Prüfung des eingedruckten Ercheinungsdatums die Sachlage feststellen sein.

Lebensmittellisten für Freitag, den 25. Januar 1918.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Butter: abzugeben Marke A der Landesfestkarte 23 (neue Karte) und Sondermarken für 20. 1. bis 4. 2. Aufstich: abzugeben 8 B und K der Lebensmittelliste Reihe A. Ausgabe: Getreide: Beginn — bestellt mit 5 B und K der Lebensmittelliste Reihe A und Fleischmarkenkreisen T 1-4. Kaffeeerfab: Beginn — bestellt mit 7 B und K der Lebensmittelliste Reihe A. Margarine: bestellt mit Landesfestkarte X 1 und Sondermarken für 22-28. Januar. Zusatzvorkarten für Schwerarbeiter: Nr. 1001-1250 der Haushaltungskarte.

Für Händler.

Fleisch: Markenablieferung durch den Fleischer. Milch: letzter Tag der Warenentnahme.

Der Erlass für die beschlagnahmten Metallrückläufe. In der letzten Schlosser-Zimmungsverammlung teilte Obermeister Thalheim mit, daß die Abnahme der beschlagnahmten und das Anbringen der Ersatzgegenstände sowie diese selbst vom Reich bezahlt werden.

Von der Straßenbahn. Die Große Leipziger Straßenbahn teilt mit, daß nach Einbau einer Verbindungsweiche die Wagen der Linie B ab Sonnabend, 26. d. M., anstatt nach der Pestalozzistraße, durch die Dufourstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße bis oberhalb der Kreuzung mit der Kronprinzstraße verkehren, wodurch die zunächst aufgehobene C-Linie für eine wichtige Verkehrsstrecke wieder erst wird.

Höllisch fein! Im Reichsanzeiger wird bekanntgegeben, daß einem Kaufmann in Gelsenkirchen der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden sei, weil er eine Kundschaft ohne Grund mit den Worten „Brauentzimmer“ und „Spigube“ beschimpft hätte. Des ab hätte er sich als „n. n. v. e. r. t. ä. f. f. i. g.“ im Handel erwiesen, und seine Ausschließung sei gerechtfertigt.

Butter ohne Verpackung wegen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es verboten ist, die geringen Speisefettmengen, die es gibt, mit Papier, und oft recht dicken, starkem Papier zu verpacken. Wiederholte Feststellungen haben ergeben, daß von den 70 Gramm Speisefett 5-10 Gramm allein auf das Papier entfallen. Das braucht sich die kaufende Bevölkerung nicht gefallen zu lassen. Dem Kleinhandel wird von den staatlichen und kommunalen Verteilungsstellen das Speisefett unter Veranschaulichung von Schwind und Einwickeln zuerteilt. Wenn die Kleinhändler sich weigern sollten, Speisefett in mitgebrachte Gefäße zu verpacken oder wenn sie gar Mindergewicht geben, so empfiehlt es sich, die zuständige Gemeindeverwaltung anzurufen.

Ablieferung der Ra'rad-Gummibereitungen. Bei Nachprüfungen hat sich, wie uns der Rat mitteilt, ergeben, daß manche Personen ihre Ra'rad-Gummibereitungen noch nicht abgeliefert haben, obwohl sie eine behördliche Verwendungserlaubnis nicht besitzen oder diese Erlaubnis abgelaufen ist. Der Rat weist darauf hin, daß die Zurückbehaltung der Ra'rad-Gummibereitungen strafbar ist.

Knospen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Freitag, den 25. Januar, von 8-10 Uhr, Verkauf an die Nummern von 30501 bis 40500; von 10-12 Uhr Verkauf nur an Urkunden. Passendes Kleingeld und oder Fleischmarken sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknospen an die Nummern von 23101 bis 23000.

Freibank I: Heute: Nr. 5501 bis 5880; Freibank II: Nr. 0001 bis 0020.

Schellenberger. Nr. 2401 bis 2700 von 9-12 Uhr.

Neue Bekanntmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten Bekanntmachungen betreffen: Wahl des katholischen Schulvorstandes; Butterausgabe; Verkauf von Runkelhohl.

Polizeinachtichten.

Ein Morddrama. In der Rabenstraße in E.-Vindonau hat ein 40-jähriger Werkmeister aus Würzen in der Mittwochnacht an seiner Witwe, einer 34-jährigen Schlosserbesitzerin, deren Ehemann sich kurzzeitig in französischer Gefangenschaft befindet, einen Mordversuch verübt. Mit einem dolchartigen Messer hat er ihr lebensgefährliche Stichwunden an der Brust, am Halse, an den Armen und unter einem Auge beigebracht. Die Frau ist, nachdem sie von einem Arzte verbunden worden war, auf dessen Anordnung nach dem Krankenhaus gebracht worden. Der Täter, der in der Vollendung seiner schrecklichen Tat durch hinzugeeilte Hausbewohner gestört worden war, hat durch Gift Selbstmord begangen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 23. Januar.

Das Kultusministerium hat heute auf der Anklagebank und hatte sich gegen so begründete Angriffe zu verteidigen, daß es keine Hilfe, geschweige denn einen Freispruch erwirken konnte. Der Abgeordnete Lange, der die Debatte eröffnete, zeigte zunächst den Schuljammern in Sachsen auf; es bestehe keine Aussicht, daß auch nur ein geringer Fortschritt zu erwarten sei. Diese Darstellung hätte den Kultusminister nicht aus seiner gemühten erhabenen Ruhe aufgeschreckt, als Lange aber die Berufung Pohls auf den Lehrstuhl Wilschers kritisierte und zeigte, wie dies nur das erfolgreiche Ergebnis einer langen Versuchsdreie ist, die agrarische und industrielle Interessensverbände unternehmen, um die Lehrkräfte der Universitäten mit Anhängern ihrer Richtung zu besetzen, die ihre interessierte Auffassung den Studenten einimpfen, da sprang Herr Beck auf und erklärte, er hätte sonst gewartet, bis die erste Redeperiode vorüber war, aber die schweren Angriffe auf die Universitäten und die herabschende Schilderung, die Pohle zuteil wurde, zwängen ihn, auf der Stelle zu antworten. Herr Beck konnte seine Erregung nicht bemätern. Er stieß die Sache mit einer Hast hervor, die nicht nur seine Erregung, sondern auch seinen Keger deutlich erkennen ließen. Dabei hatte er es weniger auf Lange als auf unser Blatt abgesehen, das er nicht nur mit heftigen Angriffen bedachte, sondern fortgesetzt nervös in den Händen drückte. Er las einige Stellen aus dem Artikel: Ein reaktionärer Streich vor und kniffte daran dann seine Entgegnung, die aber aus bloßer Behauptungen bestand. „Was Lange da vorgetragen hat, ist nur der Inhalt aus dem Volkszeitungsartikel.“ So ließ er hervor. Herr Beck füllte die Schwäche seiner Position selbst, denn nun verlegte er sich aufs Verdonnern. „Ich protestiere aufs schärfste gegen den Artikel der Volkszeitung“, so donnerte Herr Beck. Was führte Herr Beck für die wissenschaftliche Qualität Pohls an? Daß Herr Pohl einmal — Rektor der neugegründeten Frankfurter Universität war.

Mit der heutigen Debatte ist die Frage noch nicht erledigt: denn die Verschärfung der Universitäten durch agrarische und industrielle Interessensverbände ist zu wichtig, als daß sie mit einer Ansprache ihr Bewenden haben könnte.

Auch gegen die sonstigen Darlegungen über die schlimmen Zustände bei der Volksschule und die Zurückgelassung mitleidiger Lehrer mit dem Disziplinargesetz konnte Beck keine wirksame Verteidigung führen.

Die Kultuskapitel wurden gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen bewilligt.

Die Reform der inneren Verwaltung.

Die außerordentliche Deputation für die Neuordnung beschäftigte sich in der ersten Sitzung nach den Beschlüssen weiter mit der Verwaltungsreform. Die Erörterungen begannen mit einem allgemeinen Suchen und Suchen nach einer Grundlage für diese Arbeit. Und es machte immer wieder den Eindruck, als es man mit dem Dineinstimmen in allen großen Einzelheiten der Technik der Verwaltungsreform die größeren Gesichtspunkte aus dem Auge verliere. Das liegt an der ganzen Art, wie man die Sache angefaßt hat. Man begann zunächst mit Verfassungsfragen, die das Land angehen: Erste Kammer, Wahlrecht zur Zweiten Kammer, Staatsverfassung. Nun hätte man entweder die Verwaltung des Landes folgen lassen oder die Verfassung der Gemeinden in Angriff nehmen sollen. Da wäre zunächst das Wahlrecht zur Gemeinde usw. in Frage gekommen. Das hat man abgelehnt und ist darauf verfallen, die Reform der Verwaltung im allgemeinen zu behandeln. Diese Methode hat eine große Gefahrenhaft in die ganze Arbeit gebracht. Es wurde deshalb von sozialdemokratischer Seite mit Recht die Frage aufgeworfen, ob unter solchen Umständen und mit Rücksicht auf die Stellung der Regierung gegenüber den großen und wichtigen Verfassungsfragen es überhaupt noch Zweck habe, in der Deputation weiter zu arbeiten. Das erscheint überflüssig. Der bisherige Verlauf der Dinge sei „eine Komödie oder auch ein Trauerspiel“.

Der Referent, Abg. Anders, kam nun mit einem Bündel von Einzelheiten über die ganze Verwaltung von der Gemeinde bis zur Regierung, mit dem niemand etwas rechtes anzufangen wußte. Der ganze Betrieb drohte wieder einmal ins Stocken zu geraten. Man unterhielt sich länger darüber, ob für die Vorbereitung der technischen Einzelheiten ein besonderer Ausschuss zu beauftragen, oder ein

Staatskommissar mit dieser Aufgabe zu betrauen sei, oder ob beide sich daran machen sollten. Die Erfahrungen mit der dem gleichen Zwecke dienenden preussischen Interkommunalmission, die herzlich wenig geleistet hat, sprechen nicht für einen solchen Sonderausschuss. Auch der für Sachsen bereits im Jahre 1910 geschaffene Ausschuss für „Interkommunalmission“ geriet, wie der Referent bemerkte. Man hat von ihm überhaupt nichts mehr gehört, er ist der Vergessenheit anheimgefallen. Also meinte man in der Deputation mehr der Ansicht zu sein, daß die Vorbereitungen besser einem Staatskommissar (höheren Staatsbeamten) zu übertragen wären, ohne daß ein derartiger Ausschuss geschaffen würde. Zu den früher vom Referenten schon vorgeschlagenen Möglichkeiten hatte er nun weitere, neue ausgearbeitet. Einige davon wurden ganz allgemein besprochen. Das Ergebnis der Beratung soll und will der Referent zu weiteren Vorschlägen verwenden, die der nächsten Beratung als Grundlage dienen sollen. Wenn das so weiter geht, wird der Ausschuss aus den „Möglichkeiten“ nicht herauskommen und schließlich in einem Meer solcher Arbeit ertrinken, ohne recht vorwärts zu kommen. Und es entsteht immer mehr die Gefahr, daß die Hauptsachen dabei zu kurz oder gar überhaupt nicht zur Erledigung kommen. Ein großer Aufwand von Zeit und Kraft wäre dann umsonst verthan. Dazu kommt, daß zwei in das jetzt in Angriff genommene Gebiet einfließende Fraktionsanträge im Plenum noch nicht einmal vorberaten sind, obwohl sie durchaus von der Materie gehören, die jetzt in der Deputation behandelt wird. Ein wenig Hoffnung, aus diesem verwirrenden Kleinram doch wieder etwas herauszukommen, bietet die Tatsache, daß man dazu kommen will, für die Entwicklung der Reform von Deputationswegen allgemeine „große Grundzüge“ aufzustellen, nach denen der etwa zu bestellende Staatskommissar zu arbeiten hätte. Ob das gelingen wird, muß man hoffen, andernfalls ist es noch keineswegs. Wenn es so wie bis jetzt weitergeht, ist in diesem Landtag ein positives Ergebnis nicht zu erwarten.

Auch ein „verbotener Verkehr“. Die Wirtschaftler eines Gutshofs in Weiskitz hatte dort beschlagnahmte Kriegsgefangenen mehrmals keine Gefallen erwiesen, indem sie diese in der Küche etwas Kaffee wärmen und einmal aus der Heimat erhaltene Konferten kochen ließ. Von dieser erschrecklichen und staatsgefährlichen Tat erfuhr ein Gendarm, der die Sache polizeilich anzeigte. Daraufhin erhielt die Frau einen Strafbefehl auf zwei Wochen Gefängnis. Dagegen wurde Entscheidung des Gerichts beantragt mit dem Erfolge, daß die Strafe auf fünf Tage Gefängnis ermäßigt wurde.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

18. Sitzung, Mittwoch, den 23. Januar 1918, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die

Staatshaushalte des Kultusministeriums

(Einnahmen 7500 Mk., Ausgaben 48884 Mk.), des Evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats, der katholisch-geistlichen Behörden sowie der höheren Schulen, Seminare, Volksschulen usw.

Die Debatte eröffnet

Abg. Lange (Soz.): Leider kann unser Verhältnis zum Kultusministerium ein nur ganz geringes sein. Vergebens suchen wir nach einem großen Zug in unserm Schutze. Von einer neuen Zeit ist beim Kultusministerium nicht ein Hauch zu verspüren. Heute müssen vielfach Seminarhinnen Klassen mit bis zu 120 Kindern unterrichten, während ältere Lehrer gewöhnliche Klassen und Postendienste versehen müssen. Die ärmeren Schulgemeinden können dadurch auch in eine große finanzielle Verdrängnis. Um so unbegreiflicher mußte es erscheinen, daß die Summe zur Unterstützung bedürftiger Schulgemeinden um 60 000 Mk. gekürzt worden ist. Auffassen ist es weiter, daß beim Kultusministerium keine Gewissheit besteht, ein neues Schulgesetz zu schaffen. An Prioritäten auf einzelnen Gebieten der Schulpolitik liegt uns nichts. Sollte allerdings das neue Schulgesetz so aussehen wie die neue Landtagsordnung, dann lieber nicht (Beifall). (Beifall bei den Soz.)

Redner wendet sich dann gegen die Besetzung des Lehrstuhls für Nationalökonomie an der Leipziger Universität, den bisher Karl Wilscher innehatte, durch den vom Agrarierium und der Schwerindustrie empfohlenen Professor Wöhe aus Frankfurt a. M., eines Mannes dritten Ranges, die umso bedenkllicher sei, als der zweite Lehrstuhl für Nationalökonomie von Gehelmarz Steiba, durch den schon die agrarische Richtung gut vertreten sei, besetzt sei. Wäre schon bisher mit der Sozialpolitik die Arbeiter garnicht zufrieden, was haben sie von ihr erst zu erwarten, wenn in dieser Richtung weiter gearbeitet wird? Wir lehnen die Kap. 88 bis 90 ab, da es das Kultusministerium bisher verstanden hat, seine Unterstützung nach Glaubenssätzen zu gewähren, und weil wir die Stellungnahme des Kultusministeriums nicht billigen und sie nicht decken wollen. (Bravo! bei den Soz.)

Kultusminister Dr. Beck wendet sich gegen den Vorredner, der selbst bemerkt habe, für ein neues Schulgesetz sei die jetzige Zeit wenig geeignet. Was sollte da der platonische Hinweis darauf? Die Ausführungen Langes über die Besetzung des Lehrstuhls für Nationalökonomie in Leipzig müßten ganz entschieden zurückgewiesen werden; sie bedürfen sich mit einem Artikel der Leipziger Volkszeitung. Er protestiere dagegen, daß Professor Wöhe, der auf Vorschlag der Leipziger Fakultät vom Ministerium berufen worden sei, dieser hochverdiente Mann, der auch mit den sächsischen Verhältnissen vertraut sei und der eine hervorragende Stelle der Leipziger Universität sein werde, noch vor seinem Amtsantritt in dieser Weise herabgesetzt werde. Das sei auch eine grobe Verletzung der Leipziger Fakultät, die nach bestem Wissen und Gewissen und im Interesse der Landesuniversität ihre Vorschläge mache.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) dankt der Regierung, daß sie alles getan hat, um die Jugend für das große Vaterland zu organisieren. Die Sitzungszeit des Lehrers sei leider in der Kriegszeit vielfach eingeschränkt worden, auch herrsche oft eine meist unbegründete Furcht der Schule vor dem Elternhause. Mit dem neuen Schulgesetz sollte man warten, bis man die Erfahrungen des Krieges vollständig überleben und gesegebertlich verwerten könne.

Abg. Dr. Seyfert (natl.): Die Regelung des gesamten Bildungswesens müßte sobald als möglich in Angriff genommen werden. Wenn Lehrer beim Militär zu Bummelposten verwendet werden, so müßte doch gelagt werden, daß diese Bummelposten von den Lehrern nicht erträgt werden. — Bei der Besetzung der Lehrkräfte müßte sich gewiß auch der Landtag einen gewissen Einfluß vorbehalten. Die Besetzung des Lehrstuhls für Nationalökonomie durch Professor Wöhe zu beanstanden, liegt aber für seine politischen Freunde kein Anlaß vor.

Abg. Koch (Forstsch. Vp.) tritt für die Positionen der technischen Lehrer mit seminaristischer Vorbildung um Aufbesserung der Bezüge ein, und wünscht, daß die Mädchen in allen Klassen der Realschule aufgenommen werden.

Kultusminister Dr. Beck findet es als sehr erfreulich, daß es auch im vierten Kriegswinter gelungen ist, die Ausgaben für Kulturzwecke im Staatshaushalt ungeschmälert unterzubringen, ja, daß sogar noch weitere Anwendungen gemacht werden könnten. Die Zahl der Volksschulkinder bestrifte sich 1884 auf 339 000, 1904 auf 743 000, und 1911 auf 810 000, sie hielt sich 1912 und 1913 auf ungefähr der gleichen Höhe, 1914 war sie auf 809 000, 1916 auf 799 000 und 1917 auf 782 000 zurückgegangen. An der Verminderung seien aber hauptsächlich nur die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz beteiligt. Im vorigen Jahre seien in Sachsen im ganzen 25 000 Stadtkinder aus dem Land geschickt worden. Die Kriegsernährungsverhältnisse hätten im allgemeinen auf die Schulkinder eingewirkt. Vor dem Kriege wären in Sachsen rund 14 000 Lehrer tätig gewesen, gegenwärtig seien es infolge der starken Einberufungen immer noch 8085. Daran schon könne man ersehen, mit welchen Schwierigkeiten der Schulbetrieb zu kämpfen habe.

Abg. Nilsche (Soz.): Der Kultusminister sei bemitleidet, daß die Volksschulen in möglichst günstigem Lichte zu schildern; er hat aber in der Hauptsache nur die Lichtseiten hervorgehoben und

nicht auch die Schattenseiten berührt. Daß der Gesundheitszustand der Schulkinder nicht so allseitig wie ihn der Minister hingestellt hat, beweisen die Auslassungen des Chemnitzer Stadtschulrates Prof. Thiele. Vor allem müßte der Ausbau der Schulkinderpepung gefördert werden.

Unter den Schullasten haben weniger die Schulgemeinden als vielmehr die beträchtlichen Gemeinden zu leiden, die besonders durch die Übernahme der Kosten für die Stellortretung der überlebenden Lehrkräfte stark belastet werden. Wir haben schon vor Jahren gefordert, daß die 25 Prozent der das Gemeinde-Einkommensteuer- soll überliegenden Schullasten auf den Staat zu übernehmen sind. Die Bestrebungen der Unternehmer auf eine Durchbrechung der Fortbildungspflicht haben anscheinend neuerdings Erfolg gehabt. Nach Zeitungsmitteilungen brauchen die Fabrikanten nur eine Bescheinigung beizubringen, daß der Lehrling in dringenden Berufsleistungen arbeite, und der junge Mann ist vom Fortbildungspflichtunterricht befreit. Darin liegt ein sehr großes Entgegenkommen gegen die Fabrikanten und eine mangelnde Rücksichtnahme gegen die Jugend, besonders angeht die Fortbildungspflichtunterricht in der Kriegszeit.

Was man an Reformen verfolge, sei doch eine Fiktion, die jeden großen Zug verformen lasse. Eine großartige Volksschulreform müsse sich aufbauen auf der Einheitsschule und der Unentgeltlichkeit des Unterrichts. In Sachsen ist eine solche Volksschulreform ausbleibend, solange nicht eine bessere Einsicht beim Kultusministerium einzieht, oder, was richtiger sei, die jetzige Regierung durch eine einschneidende Erregung werde. Wir bringen dem jetzigen Kultusministerium wegen seiner reaktionären Haltung unser Mißtrauen entgegen und deshalb lehnen wir das Ministergehalt ab.

Abg. Brodant (Forstsch. Vp.) bezeichnet das Rechtsverfahren bei der Disziplinierung der Lehrer unter Bezugnahme auf den Fall des Oberlehrers Krummhold in Meissen als mittelalterlich, als unehrenhaft für die Lehrer und zugleich als demütigend.

Abg. Nilsch (Konf.) wünscht, daß das Kultusministerium auf Mittel gegen die zunehmende Verrohung der Fortbildungsschüler sinne.

Abg. Panne (Soz.): Die Stimmung des Volkes gegen die sächsische Regierung und auch gegen das Kultusministerium ist eine durchaus abfällige, und das müßte einmal angesprochen werden. — Was die Professur Pohle anbelangt, so sollte es uns gleich sein, ob der Herr Professor in Frankfurt a. M. die Wohnungsreform verhindert hat, und daß er an der Spitze der selben Gewerkschaften gestanden hat, wenn er nur eine wissenschaftliche Größe wäre. Nachdem der eine Lehrstuhl für Nationalökonomie bereits der agrarischen Richtung neuwidmet ist, wäre es notwendig gewesen, den andern Lehrstuhl mit der theoretischen Richtung zu besetzen. Daß dies nicht möglich gewesen ist, habe der Minister nicht behaupten können.

Nach weiterer uninteressanter Debatte werden die zur Beratung stehenden Kapitel des Staatshaushalts genehmigt, der Staatshaushalt des Kultusministeriums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag, mittags 12 Uhr. Eisenbahn-sachen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Eine besonders das Brauergewerbe interessierende Entscheidung in der die Rechtswohlthat des in dem Gesetz vom 18. Januar 1917 zum Ausdruck gebrachten entschuldigen Irrtums von durchschlagender Wirkung war, hat jetzt die 2. Strafkammer des Landgerichts Leipzig gefällt in der Anklagesache gegen den hiesigen Kaufmann Reinhold William Krebs, der beschuldigt war, sich gegen die Bestimmungen der Kriegsgesetze vom 1. Mai 1916 und vom 7. Oktober 1916 veranlassen zu haben. Krebs hatte von Ende Mai 1916 an für 540 000 Mk. Braumalz in Bayern eingekauft und das Malz an Brauereien in Norddeutschland verkauft. In diesem Handel wurde ausbleibend ein Verstoß gegen einschlägige Bestimmungen der bayrischen Generalkommandos erlitten. Der Angeklagte Krebs gab die in der Anklage geltend gemachten Tatsachen an sich an, aber er wandte ein, daß er der Ansicht gewesen sei, es wäre nur der Verkauf von Braumalz in Bayern verboten, nicht der Einkauf. Von den Bestimmungen der Generalkommandos will er überhaupt keine Kenntnis gehabt haben. Das Gericht entschied, daß der Angeklagte objektiv gegen die angezogenen Kriegsvorschriften verstoßen habe; es sei nämlich jeder Malzhandel verboten, auch der Einkauf. In subjektiver Beziehung sei indessen zu berücksichtigen gewesen, daß der Angeklagte sich in einem entschuldigen Irrtum befunden habe. In weiten Kreisläufen sei die allerdings falsche Auffassung verbreitet gewesen, durch die Gesetze und Verordnungen werde nur der Verkauf getroffen, nicht der Einkauf. Dieser Ansicht sei auch in einer Sitzung des Vorstandes des Deutschen Brauereiverbandes Ausdruck gegeben, ohne daß sich die anwesenden Vertreter der Reichs-Verkehrsstelle und des Kriegsernährungsamtes dagegen ausgesprochen hätten. Dem Angeklagten war nicht anzumuten, daß er sich um Auskunft nochmals an diese Stellen wendete; ferner müßte ihm gestanden werden, daß ihm die Bestimmungen der bayrischen Generalkommandos überhaupt unbekannt waren, die nur in einem kleinen Teile der Fachpresse veröffentlicht und besprochen worden sind. Aus diesen Erwägungen heraus ist das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte nicht subjektiv schuldhaft gehandelt habe. Es mußte seine Freisprechung erfolgen unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Gewerkschaftsbewegung.

Folgebewegung in der Tabakbranche.

Die Dresdener Verwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes teilt darüber mit:

In einer Anzahl Betriebe der Dresdener Zigarettenindustrie wurde die Teuerungszulage auf 20 Prozent und mehr erhöht. Die Firma Penzke glaubte jedoch eine Ausnahme machen zu müssen, indem sie nur einen Teil der Arbeiterkraft in den Genuss einer solchen Zulage setzte. Damit war die Arbeiterkraft nicht einverstanden; sie beschloß, erneute Forderungen an die Betriebsleitung zu richten, und zwar soll die Teuerungszulage für die gesamte Arbeiterkraft auf 20 Prozent erhöht werden und eine Erhöhung der Stundenlöhne sowie der Akkordlohnätze der Väterinnen eintreten. Der Arbeiterausschuss wurde beauftragt, diese Forderungen bei der Betriebsleitung einzureichen und zu vertreten. Bereits am 7. Dezember 1917 hat der Ausschuss sich dieses Auftrages entledigt, jedoch bis 15. Januar ist eine Antwort der Betriebsleitung darauf nicht erfolgt. Veruche der Ausschussmitglieder, eine Verhandlung mit der Betriebsleitung anzubahnen, blieben erfolglos; sie wurden bei der Betriebsleitung nicht vorgelassen. Daher beschlossen die am 14. und 15. Januar abgehaltenen Betriebsversammlungen einstimmig, die Weiterführung der Bewegung dem Deutschen Tabakarbeiterverband zu übertragen, gleichzeitig aber auch die Betriebsleitung aufzufordern, die Lohnsache bis zum 18. Januar zu regeln. — Aus diesen Vorgängen erhellt man, wie ein Betrieb, der in der Öffentlichkeit recht viel in „Wohltätigkeit“ macht, mit der eigenen Arbeiterkraft und deren Vertretung, dem Arbeiterausschuss, umspringt.

Schmuckkonzurrenz. Wie der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker mitteilt, erbot sich die Druckerei von J. R. Knapp in Dresden, den Haushaltsbedarf der Stadt Bad Döben für 600 oder 800 Mk. herzustellen. Es handelt sich um eine Arbeit, die von der Preisberechnungsstelle des Deutschen Buchdruckervereins des Kreises II (Sächsl.) mit 2200 Mk. berechnet wurde. Eine Döbenfabriker Firma hatte ein Angebot von 1775 Mk. gemacht. Alle übrigen Druckereien am Orte hielten sich so ziemlich die Waage, die niedrigste Berechnung stellte sich auf annähernd 1600 Mk. Die Firma J. R. Knapp erhielt die Arbeit. Der Korrespondent fragt: wie ist es möglich, daß eine tariffreie Druckerei bei einem Wert von 1800 Mk. eine solche Arbeit herstellen kann? — In diesem Betriebe muß die Nutzung der Arbeiterkräfte eine besonders intensive sein.

Aus dem Postwagen.

Symptome von Wilhelm von Merdel.

(Schluß.)

War ihm nicht zu Sinne, als habe er nun das Häßliche erlebt, und könne sein stilles Dasein selbige beschließen?

Der Schulrat hörte dem Gefährten, der ihm dies alles ebenso redselig als glückselig erzählte, mit ebensolchem Geduld als Wohlgefallen zu. Er wartete gleichsam mit dem Interesse eines Gemäldesammlers die Vollenbung des Porträts ab, welches der kleine, ehrliche Mann, ein unbewährter Naturmaler, von sich selber für die Gedächtnisgalerie seines Gönners lieferte.

Die Unterhaltung geriet eine Weile ins Stocken, während auf der Zwischenstation, wo damals der Rentmeister von ihnen schied, die Pferde gewechselt wurden.

Der Schulrat hatte inzwischen das fertige Konterfei des Schulmeisters, als ein Kabinettstück in dem Boudoir seiner Phantastie, in seinem Herzen aufhängen, und je mehr er sich der eigentümlichen Ausbeute dieser Amtsfahrt freute, empfand er in einer Art von dankbarer wehmütiger Anwandlung das Bedürfnis des Besuchs, auf dieses unerschöpfbare Stillleben noch irgendeinen Abendsonnenstrahl fallen zu lassen.

Als sie eine Strecke weitergefahren waren, nahm er daher das Gespräch wieder auf.

„Sie haben mich,“ so redete er den still durchs Fenster schauernden Emeritus an, „einen so tiefen Blick in Ihre Vergangenheit und Gegenwart tun lassen, daß ich eine Frage nicht unterdrücken kann, die sich auf Ihre Zukunft bezieht.“

Der Emeritus sah den Sprecher mit ruhigem Erstaunen an; ihm war an seiner Zukunft ja nichts mehr fraglich, als ihre Dauer. Der Schulrat tat einige Rüge aus seiner Zigarre und fuhr dann fort: „Sie haben Ihr Tagewerk geschlossen; Ihre Pflicht ist erfüllt; Sie leben nur noch sich selbst und den Ihrigen; Sie sind, wie ich höre, ebenso zufrieden mit Ihrer Lage, als diese in enge Grenzen beschränkt ist. Sie haben nur wenig Bedürfnisse noch und keine Sorgen mehr; Ihre Freude trägt nur noch das Gepräge der Ruhe; Sie haben ein respektables Alter erklimmt, aber — wenn ich Sie so betrachte — sind Sie nicht doch noch jung genug, um noch irgendeinen Wunsch zu haben?“

Der Alte sah dem Schulrat mit heiterem Gleichmut ins Gesicht und sagte: „Dah ich nicht wüßte!“

Beide schwiegen.

Allmählich aber stieg dem Emeritus ein mildes Lächeln in die kleinen, grauen Augen; das auflebende Wienerspiel seines leicht errötenden Angesichts verriet, daß aus verschwiegener Tiefe allgemach ein befreites Geheimnis an die Oberfläche zu steigen begann.

Der Schulrat sah mit vergnüglichem Beobachten dem Vorbild zu, mit welchem das kommende Geständnis sich ankündigte. Endlich gab der Emeritus, den Blick vor sich hin gerichtet und mit den Fingern spielend, folgendes von sich: „Ja! hochverehrter Herr! Meines Streben und Begehrens — Sie sagten eben selbst — bin ich weg; wo die Weltankamkeit anfängt, hört das Entbehren auf; und gegen das Darben ist gesorgt. Also — was nennen Sie Wunsch?“

„Ich meine, ob Sie nichts vermissen oder auf nichts verzichtet haben, das Sie zwar für leicht entbehrlich achten, dessen Besitz oder Erfüllung Ihnen aber gleichwohl, wie man zu sagen pflegt, Spaß machen würde. Wenn ich zum Beispiel für mich auf eine solche Frage zu antworten hätte, ich würde bei aller Bescheidenheit nicht in Verlegenheit sein.“

„Nun! so brauche ich mich auch nicht zu zieren! sagte der Schulmeister, und, indem er seinen Mund absonderlich zuspitzte, sagte er sich ein Herz und erklärte: „Wollen Sie es nun einmal hören, ei ja! Etwas wüßte ich wohl, wonach ich in meinen alten Tagen, als wäre ich sechzig Jahr jünger, so ein richtiges Gefühl spüren könnte!“

„Und das wäre?“

Der Emeritus sah den Schulrat mit einem Anflug von Leidenschaft und Schmelze seitwärts an und flüsterte: „Eine Königin!“

„Eine Königin?“ fragte der Schulrat, der sich eher des himmelstürzenden als dieser Antwort versehen hätte und den andern forschend fixierte.

„Eine Königin!“ wiederholte dieser mit bestätigendem Kopfnicken; „ich meine nämlich eine italienische Königin!“

Dieses Prädikat, weit entfernt, den Schulrat über den Sinn der Antwort aufzuklären, verdoppelte vielmehr seinen plötzlich erwachten Argwohn, daß der Schulmeister irgendeinen Kaputt habe; indessen wenn einmal eine fixe Idee unworlichartigerweise angefochten war, so blieb augenblicklich nichts übrig, als sie durch kluge Verhandlung möglichst unschädlich zu machen. Er entschloß sich daher kurz und erwiderte mit erregter Neugierde: „Wer ist diese Dame, wenn man fragen darf?“

Der Emeritus, der nichts weniger ahnte, als daß sein Gönner ihn für halberblindet halte, war durch diese wenig zutreffende Frage wiederum seinerseits einige Sekunden lang befreundet. Seine Ehrerbietung jedoch, die ihn seinen Augenblick an der Vernünftigkeit seines Gönners irre werden ließ, machte sich nur in einem schließlichen Lächeln über den allgütigen Scherz desselben Luft, der ein Missverständnis vorzuschützen beliebte; und er gestattete sich daher die einschüchternde Bemerkung: „Ach! Sie sind kein Wienerwater!“

„Nein!“ atmete der Schulrat auf, dem mit dieser Vaterlichkeit ein Alpdruck vom Herzen fiel. „Aber ich erinnere mich nun, daß Sie neulich Ihrer Wienerzeit erwähnten. Es handelt sich also um eine Wienerkönigin, wiewohl mir noch unklar bleibt, was Sie unter einer italienischen verstehen.“

„Es ist dies eine Fremde, bei uns noch wenig eingebürgerte Sorte, welche verschiedene Vorzüge vor unsern deutschen hat und manche Vorteile bietet, was Sie nicht weiter interessieren kann, für unsereinen aber, der sich (wenigstens um des Erwerbs willen als ein Liebhaberei) damit abgibt, besonderen Reiz hat. Ich will nur beispielweise anführen, daß diese Ausländer unsere deutsche Flora weit mehr ausbeuten als unsere Landsleute und daher auch reichlicheren Honig zusammenbringen. Wir Deutsche sind einmal überhaupt unpraktischer als andre Leute; man kann unsern Wiener nicht so ganz allein nachsehen! Niemand! Wenn ich etwas für solche Altväter übrig hätte, so würd ich mir eine dergleichen Königin zur Zucht beilegen.“

„In welcher Gegend von Italien sind sie zu Hause?“

„Damit kann ich Ihnen nicht dienen; aber zu haben sind sie in Karlsmarkt in Schlesiens.“

„Ist denn so eine Königin teuer?“

„Gute Nacht! Aber nicht würde sie doch wohl ein Zehntel meiner Pension kosten! Also verbietet sich!“

Diese Resignation hätte den Schulrat um eine Wendung zum Abbruch des Themas verlegen machen können, wenn nicht die Post unerwartet stillgehalten hätte.

Der Schullehrer hatte den Postillon gebeten, ihn vor der Stadt Prignow, wo der Weg nach Spindelschwitz von der Chaussee abbiegt, aussteigen zu lassen.

Dieser Punkt war gekommen und mit ihm die Zeit des Abschieds; die Zeit reichte eben nur zu einem herzlichen Handdruck, zu wenigen aufrichtigen Worten aus.

Der Emeritus stand mit seinem Bündel bereits unten, und die Wagenknecht wollte hinter ihm zusinken; da wandte er sich noch

einmal um und rief dem Schulrat mit bewegter Stimme zu: „Noch eins mit Ihrer Erlaubnis! Als ich neulich im Wilden Mann meine Rechnung bezahlen wollte, sagte mir Herr Dingelmeier, es sei bereits alles richtig! Ich weiß nicht, wem ich zuschreiben soll. Sollten Sie es erfahren und der unbekannte Wohlthäter läme Ihnen zu Gesicht — das kann sich ja doch füllen! — vergessen Sie meine Bitte nicht, sagen Sie dem edlen Mann von dem alten Emeritus Wolff aus Spindelschwitz tausend Dank!“

Der Emeritus hatte, während er nun nach der Heimat zurückwanderte, auf seinem stillen Wege nur des freundlichen Schulrats Gedacht und die italienische Königin längst wieder vergessen. Einmal Tages erhielt er einen beschrifteten Brief aus der Residenz mit einer Summe, welche den Preis der welschen Majestät überstieg; und eine Woche später lag auf dem Schreibtisch des Schulrats die dankbare Rücksicht des Siebzehners, der mit jugendlichem Feuer die Begeisterung schilberte, mit der er dem glücklichen Einzug seiner Herzenskönigin entgegen sah.

Als der Schulrat im nächsten Jahre wieder des Weges kam, zog es ihn zu einem Absteher nach Spindelschwitz.

Das Dachstübchen des Emeritus stand leer. Nur um sein mit Nellen und Völkchen besetztes Grab summten seine Bienen ihren Honigsang.

Die Lichtspieloper.

Das Lichtspiel sucht seinen Wirkungskreis und seine Leistungsfähigkeit ständig zu erweitern, und das ist gewiß sein gutes Recht. So strebt es seit einiger Zeit danach, die rednerischen und musikalischen Künste seinen Zwecken dienlich zu machen, ohne daß es freilich bisher zu einem erquicklichen Resultat gelangt wäre. Klein wie das Bild schwebend zu uns spricht, wie in der Webergabe einer pantomimischen Handlung, kann es zu einlaermenden künstlerischen Eindrücken kommen, falls eine rege, von künstlerischem Geschmac gebildete Phantasie mit in Kraft gesetzt wird. Der bekannte Charakteristiker Wegener hat mit seinem Abbezahl gezeigt, in welcher Weise das Lichtbild vornehmeren Zielen nachgehen kann. Die Musik spielt im Kinotheater im allgemeinen eine klägliche Rolle, nicht nur in Hinsicht etwa der Ausführung. Man nimmt entweder die gerade zu Cassenhauern gewordenen Operettenmelodien vor oder macht eine Votpourri-Musik, die ein wenig der im Lichtbild gezeigten Handlung angepaßt wird. Gelegentlich wirkt sich auch jemand zu der problematischen Leistung einer eigenen, dem Lichtbildstoff aufgeschöpften Komposition auf, zu einer streng durchgeführten Programmmusik, die aber meist zu sehr zum Skaven des Bildes wird, als daß sie musikalisch von irgendwelcher Bedeutung sein könnte. Ein schöner Traum der Lichtspielverfechter würde erfüllt, wenn es gelänge, den Phonographen mit Erfolg dem Kinematographen anzuschließen. Vorläufig sind die Resultate allerdings nicht ausreichend, um ein Drama oder eine Oper mit Hilfe dieser beiden an sich glänzenden Erfindungen im Lichtspieltheater vorzuführen. Vielleicht aber sind die Zeiten nicht mehr fern, wo ein im Bild ausgekommenes, von tüchtigen Schauspielern dargestelltes Drama gleichzeitig auch phonographisch aufgenommen werden und dann im Kino sowohl im Bild wie im persönlich gefärbten, durch die originale Theateraufführung entsprechenden Wort gleichzeitig vorgeführt werden kann. Ebenso ließe sich denken, daß man die kläglichen Eindrücke einer Oper, das Orchester mit dem Bühnengesang, phonographisch der Lichtbildwirkung gefellen kann zu einheitlichem Effekt. Der Phonograph bleibt aber, namentlich einem großen Publikum gegenüber, wie es das Kino braucht, noch sehr viel schäblich an Deutlichkeit und Kraft, und was die Musik anlangt, so kann er nur die gröbere Ausführung durch ein Blas- und Blechorchester einigermaßen leidlich reproduzieren. Die vielerlei dynamischen Schattierungen, die besonders in Anfangsarten eines Opernorchesters und Opernensembles kann er nicht klar wiedergeben.

Aber der Ehrgeiz und der Geschäftssinn der Lichtspielunternehmer wartet nicht so lange, bis jener Traum von friedlichen Hand-in-Hand-Gehen von Kinematograph und Phonograph sich erfüllt durch neue Entdeckungen, und so hat er sich jetzt schon die Ausbeutung der Oper für seine Zwecke mit Energie vorgenommen. Die Umfänge in den Lichtspielhäusern sind so beträchtlich geworden, die Anteilnahme des Publikums aus mancherlei Gründen so stark, daß man sich auch vor den Ausgaben nicht zu scheuen braucht, die der musikalische Apparat verursacht, der nun einmal bei dieser Sache unbedingt erforderlich ist. Es hat sich also eine Deutsche Lichtspiel-Opern-Gesellschaft in Berlin gebildet, die mit der Verfilmung einiger bekannter Opern begonnen hat und beispielsweise in Leipzig (im Königsparadeplatz) in stets anverkauften Nachmittags- und Abendausführungen mit dem Freischütz Geschäfte macht, wie sie sich glänzender nicht wünschen kann. Aus allen Schichten des Volkes drängt man sich an dieser Lichtspieloper, und die Gesellschaft spricht sich selber das Verdienst an, die deutsche Gemeinheit darstellende Musik Webers, auch bis in die entlegensten Kreise zu tragen.“ Da liegt's: haben wir es nun wirklich mit einem Unternehmen zu tun, dessen kulturelle Bedeutung ohne Frage ist, oder müssen wir die unzulängliche Anziehungskraft dieser Aufführungen als gefährbringend für die künstlerisch reinen Absichten unserer großen Opernbühnen, als nachteilig für das ursprüngliche Kunstwerk bezeichnen?

Die Lichtspieloper kommt auf folgende Weise zustande. Man läßt das Meisterwerk Webers von Sängern aufführen und nimmt allein die Darstellung auf der Bühne und den taktierenden Kapellmeister im Lichtbilde auf. Bei der Reproduktion hat man also die agierenden Sänger im Bilde vor sich, sieht sie singend den Mund öffnen, muß nun aber den fehlenden Gesangston neu dazu erzeugen. Die besondere Schwierigkeit, das musikalische Zeitmaß der im Bilde festgehaltenen Sänger so genau zu treffen, daß der neu erzeugte Gesang immer aufs Treueste den Mundbewegungen und Gesten des Bildes entspricht, daß also die Illusion hervorgerufen wird, als ob der Ton aus der Kehle der Sänger im Bilde käme, diese Schwierigkeit wird behoben durch das kleinere, dem Bühnenbild an der unteren Kante eingefügte Lichtbild des dirigierenden Kapellmeisters, nach dessen Taktzeichen die Musiker und Sänger sich nur scharf zu richten brauchen, um mit ziemlicher Korrektheit die Einstimmung ihrer Leistung mit der Stimmlöse des Bildes zu erreichen. Die Lichtspieloper bedarf demnach eines Apparats von Sängern und Musikern, die die Partitur bei jeder Vorführung neu zum Erklären bringen unter der Leitung des im Bilde festgehaltenen Dirigenten der ursprünglichen Aufführung, die dem Kinematographen zur Verfügung stand.

Natürlicherweise ist dieser musikalische Apparat so klein wie nur möglich, damit er nicht viel kostet. Und da erhält das Kunstwerk den ersten Stoß. An Stelle des vom Komponisten geforderten Orchesters wirken nur ein paar Streicher, Flögel und Harmonium, ein sogenanntes Salonorchester, für das die Originalpartitur erst etwas vereinfacht werden mußte. Was das heißen will? Es sagt, daß auf solche Art die Grundfarbe des Freischütz, all der Wald- und Sagenlust und märchenhafte Schauer, den Weber aus seinem Orchester tönen ließ, verloren gegangen ist. Flögel und Harmonium können weder die Posaunen und Hörner der Walfischmusik, noch die Piccoloflöte des teuflischen Trunktes Kaspar's erzeugen. Aber auch der vokale Teil läßt ein. Man hat für die größeren Rollen eigene Opernkräfte im Orchesterraum vor dem Lichtbild zur Verfügung, die ihre Partien im allgemeinen so ausführen, wie

man sie in einem kleineren Stadttheater zu hören pflegt. Ein besonderer Chor freilich ist nicht vorhanden, da er die Kosten schon unrentabel erhöhen würde. Wo Weber Chor vorschreibt, wird er von nur wenigen Stimmen fast in solistischer Besetzung ausgefüllt oder einfach fortgelassen. So kann der berühmte Jägerchor einfach nicht gesungen werden. Ein Freischütz ohne: Was gleich wohl auf Erden dem Jägervergessen? Man muß sich damit zufrieden geben, das Lied von den Instrumenten gespielt zu hören!

Auch der Freischützliedtext muß sich viel gefallen lassen. Sein Plafog kann natürlich nicht gesprochen werden, da er nicht in musikalische Satzglieder eingeteilt ist und die Uebereinstimmung von Bildgeste und neu erzeugtem plastischem Wortausdruck nicht zu erzielen ist. Da wird nun pantomimischer Ausdruck angewendet und ziemlich stark aufgetragen im Lichtbild. Die Opernbühne würde solche veräußerliche Charakteristik nie und nimmer gebrauchen können. Dieser Kaspar trägt seine finstern Pläne offen im Gesicht, damit nur auch jeder merke, daß er der Bösewicht in dieser Handlung ist. Wo nun die Pantomime einmal nicht deutlich genug ist, wird das Diktatwort eingeschoben in erleuchteter Druckchrift. Dabei muß vieles fallen, was zum Reiz des Mittels gehört, und nur die die Handlung fortbewegenden Dialogstellen werden wörtlich mitgeteilt. Durch die Einschaltung der umrahmten Druckchrift wird aber jedesmal die Lichtbildhandlung abgebrochen. Dieses Verfahren wird auch in der Walfischliedscene fortgesetzt angewendet, die aber die einheitlichste Stimmungskraft braucht. Hier kommt man mit der Pantomime nicht aus.

Den derselben Stoß erleidet das Kunstwerk jedoch durch die mangelhafte Szenerie des Lichtbilds. Der Walfischliedtext fehlt alle Romantik, aller Sagenhafter. Das kinematographische Bühnenbild umfaßt etwa drei bis vier Meter Breite des Opernbühnenbilds, es gibt also immer nur einen beschränkten Ausschnitt der Zimmerdekoration und der Walfischszenerie. Kleine Flecken, auf denen sich die Darsteller mit gewisser Kenglichkeit bewegen, um nicht über die Apparatbildbreite hinauszugetrieben. Wo ein weiteres Bühnenbild gezeigt wird, da verkleinern sich die Figuren erheblich und werden undeutlich. So hat man sich öfter dadurch geholfen, die Schauplätze zu zerlegen. Man zeigt nicht die ganze Breite der Walfischlied, sondern läßt erst Max nachmals auf seiner Wanderung in einem Geländereisen sehen, der nach und nach zur Schluß selbst hingerleitet. Die Unterbrechungen zerfetzen freilich den Eindruck einer solchen Wandbilderdekoration, und vor allem ist das Ziel der Wanderung, die suchbare Schluß mit dem knagelgehenden Kaspar, gewissermaßen außer dem kinematographischen Bereich. Das Lichtbild kommt nur im sogenannten Photographischen zustande. Es kann die nachstun in Farben, den bleichen Vollmond, Gemitterdämmerung, glimmende Räume, Eulen mit feurig rädernden Augen, das grauenerregende wilde Heer der Luft nicht illusionsträftig wie die Opernbühne wiedergeben, da es überhaupt nicht imstande ist, die Veleuchtungseffekte des Theaters auch nur in bescheidenster Form nachzuahmen. Ueberall wartet beim Lichtbild der klare Tageschein, und auch wenn Kathe singt „o wie hell die goldenen Sterne, mit wie reinem Glanz sie glüh'n“, wenn sie auf der berühmten G-Dur-Akademie die Schönheit der Nacht preist, auch da finden wir im Lichtbilde kaum eine Spur von der Poese der Landschaft, die der Dichter befragt. Die Walfischliedszenerie ist das A und O der Freischützromantik, sie ist ohne die genannten elementaren Hilfsmittel, ohne den rauschenden Sturzbach, ohne das Grauen gespenstlicher Nacht ihres eigentlichen Wesens beraubt, und die Opernbühne übertrumpft da uns Vielfache die Illusionskraft des Kinos.

Musikalisch, dichterisch und szenisch liefert die Lichtspieloper nur Surrogate an Stelle des Originals, wie es sich der Komponist gewünscht hat, und auch wenn die Lichtspiel-Opern-Gesellschaft die Freischützhandlung als „ausgesprochen filmmäßig“ in Anspruch nimmt, müssen wir sagen, daß diese filmmäßige Aufführung nicht denjenigen kulturellen Wert hat, den man ihr gern beilegen und andichten möchte. Im Gegenteil, wer das herrliche Werk Webers richtig kennen lernen will, der muß es im Original hören auf der Opernbühne; und wenn das Lichtspiel für seine Vorführung Eintrittspreise von 80 Pfennig bis hinauf zu 8 Mark erhebt und ständig ausverkauft ist, so sollte man meinen, müßte der Freischütz auch auf den nur ebenso tetren Plätzen des Operntheaters beständig von der andächtigen Menge besucht sein. Offen wir, daß viele von denen, die den Lichtspiel-Freischütz gesehen haben, auch nun aus reiner Neugierde den Freischütz der Opernbühne kennen lernen möchten, und ein Gewinn für die Kunst ist uns gewiß. In diesem Sinne wäre allerdings die Verfilmung des Freischütz eine kulturelle Tat.

Kleine Chronik.

Ermanarich der König. Aus dem Nachlass Ernst von Wil denbruchs ist in der G. Grote'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin, von Berthold Rigmann herausgegeben und eingeleitet, eine fünfsäufige Tragödie erschienen, Ermanarich der König (Preis 2 M.), die ein Schmerzenskind des Dichters war. Mit Jahre lang hat er mit dem Stoff gerungen und schließlich das Stück doch im Schreibstisch behalten, weil seine nächsten Freunde ihm hier nicht folgen zu können erklärten. Das Stück ist die Auseinandersetzung des gläubigen Monarchisten Wil denbruchs mit dem Königtum von Gottes Gnade. Sein Oligotenkönig Ermanarich setzt, 90 Jahre alt, auf das Wohl des gesamten Gotenvolks Bedacht, an Stelle des Wahlkönigtums das erbliche Königtum ein: „Solange ein Gote lebend geht auf Erden, König der Goten bleibe das Geschlecht Ermanarichs.“ Er tut das, weil er an den göttlichen Beruf des Königs glaubt und an seinen eignen erstgeborenen Sohn, der sein Amt zu erben würdig ist: „Glaubt an den Sohn, weil an den Vater ihr geglaubt habt! Glaubt an Sohnes Sohn und glaubt, daß ein Geschlecht vom ersten bis zum letzten ein einziges ist!“ Aber kaum hat er seinen Willen durchgesetzt, da wankt sein Erstgeborener, von einem Hunnenpfeil getroffen, sterbend heran, und der alte König wird beim Hinblick seines zweiten, mißratenen Sohnes, der nun sein Nachfolger werden soll, irre, und nun besteht die Haupt-handlung der Tragödie darin, daß Ermanarich seinem künftigen Beruf und seinem eignen Selbst mitrennen wird, indem er trotz allem seinem Schlingel von zweitem Sohn zur Macht verhelfen und den Widerstand gegen ihn brechen will. Doch findet er allmählich unter Schwere Kämpfen den Weg zu sich selbst zurück und setzt zu seinem Nachfolger den jungen Westgoten Alarich ein, der ihm die Kraft zu haben scheint, das Gotenvolk gegen die Hunnen zu verteidigen, die sein verbrederrischer zweiter Sohn ins Land gelockt hat: „Auf deine Stirn läßt die Ermanarich die Gotekrone. Aus meiner Seele dich erzeuge ich. Mit meiner Seele dich beschenke ich.“ So überwindet der greise Herrscher den Glauben an das Gottesgnadentum und die erbliche Monarchie, indem er sich ein gut Teil Mythik rettet. — Das Stück, das zu schreiben, dem überzeugten Monarchisten Wil denbruchs, wie man merkt, Verzenssache war, ist ein echter Wil denbruchs mit Schwarzweißschneit, mit Waffentärm, mit töndernden Reden und Namen, mit Blut und Brand und bei allem Ueberchwang mit dem klaren christlichen Ueberzeugung, die sich aus innerer Unruhe heraus zum Worte meldet. Da, wie der Herausgeber meint, jetzt die Zeit für die Tragödie gekommen ist, bleibt abzuwarten; die Sorgen des monarchistischen Dichters sind doch wohl kaum die Sorgen unserer Tage.